Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 4400 M., durch die Post 5000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. i. d. Bezirk Halle-Merseburg, GmbH. Halle, Geschäftsstr. 14 Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 200 M. für den Millimeter Höhe und Spalte, 1000 M. für Reklame, auch an den dreigespaltenen Textteilen. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 180 Mark | **Mittwoch, den 30. Mai 1923** | **3. Jahrgang Nr. 123**

Hindert das Blutbad an den Ruhrarbeitern!

Veranstaltet Abwehrkundgebungen!

Im Ruhrgebiet stehen mehr als zwei Millionen Arbeiter für wirtschaftliche Forderungen im Streik. Alle Versuche der Kapitalisten, Militaristen und Faszisten zur Anzettelung von Unruhen scheiterten an dem eisernen Willen der Arbeiter zu Geschlossenheit und Ruhe. Der proletarische Selbstschutz unterdrückt alle provokatorischen Versuche.

Ratlos geworden, greifen die Arbeiterfeinde zur Anwendung blutiger Gewalt. Die Proletarier, die für die Sicherung ihres nackten Lebens kämpfen, die menschenwürdige, der Teuerung entsprechende Löhne fordern, sollen durch ein Blutbad niedergeschlagen werden. Die kapitalistischen Drahtzieher, die ihre verräterischen Schachergeschäfte mit den französischen Kapitalisten verdecken, auf die Arbeiter die Lasten des Ruhrabenteuers restlos abwälzen, ihre Wucher- und Gaunerprofite in Sicherheit bringen wollen, heabsichtigen, bewaffnete Schupo im Bunde mit faszistischen Einwohnerwehren und den französischen Besatzungstruppen auf die friedlich um ihr Leben ringende Arbeiterschaft zu hetzen!

Die Ruhrarbeiter rufen die Gesamtarbeiterschaft Deutschlands zur Abwehr des blutigen Massakres auf. Arbeiter Mitteldeutschlands, hört diesen Ruf und bekundet den kämpfenden Brüdern an der Ruhr unverzüglich Eure Solidarität. Tretet sofort zu Kundgebungen in den Betrieben zusammen! Bekämpft die Gefahr, die, einmal entfesselt, Euch selber bedroht!

Arbeiter von Halle, säumt keine Stunde mit der Hilfe für die Ruhrarbeiter! Erscheint mit den Gesamtbelegschaften der Betriebe in der Kundgebung, die morgen, Donnerstagnachmittag, gleich nach Arbeitsschluß, im Garten des „Volkspark" stattfinden wird.

Kommt alle, ohne Unterschied der Partei- oder Gewerkschaftszugehörigkeit. Folgt dem Beispiel der in der Einheitsfront kämpfenden Ruhrarbeiterschaft. Keiner schließe sich aus. Marschiert sofort nach Beendigung der Arbeit in geschlossenen Zügen zur Kundgebung für die proletarische Solidarität gegenüber Hungerlöhnen und kapitalistisch-militaristisch-faszistischen Mordplänen!

KPD., Bezirk Halle-Merseburg. Union der Hand- und Kopfarbeiter. Betriebsräte-Kontrollausschuß. Kommunistische Jugend. Gewerkschaftskartell-Fraktion.

Abbruch des Streikes im Ruhrgebiet

(Eigene Drahtmeldung)

Essen, 29. Mai.

Heute mittag beschloß die Zentral-Streikleitung und Zentrale der Union der Hand- und Kopfarbeiter den Streikabbruch in folgendem Aufruf:

„An alle streikenden Kameraden! Ihr habt als Mitglieder der verschiedensten Organisationen von unten auf einen einheitlichen und geschlossenen Kampf um einen menschenwürdigen Lohn geführt. Unter dem Druck Eures Massenwillens ist am Montag, dem 28. Mai, in Berlin ein Lohnabkommen vereinbart worden, das eine Erhöhung des Durchschnittslohnes um etwa 50 Prozent ab 1. Juni vorsieht. Dies bedeutet noch lange nicht die Erfüllung Eurer Forderungen. Es ist jedoch ein größerer Erfolg, als bei allen bisherigen Lohnverhandlungen. Es ist selbstverständlich, daß ein noch besseres Ergebnis herausgekommen wäre, wenn die arbeitsgemeinschaftlichen Organisationsleitungen den spontanen Massenstreik als eigenen anerkannt hätten. Statt dessen haben sie Euren Kampf sabotiert und sich jetzt verpflichtet, die Vereinbarung bei den Bergarbeitern durchzuführen und dazu den Streikbruch zu organisieren. Angesichts der Tatsache rufen wir Euch auf, **um den Bruderkampf zu vermeiden, morgen, Mittwoch, den 30. Mai, in die Betriebe zu gehen und die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen.** Wir fordern Euch auf, die Geschlossenheit zu bewahren, und bei allen Kämpfen der Zukunft mit demselben Kampfeswillen und derselben Einigkeit Eure Sache zu verfechten. Es lebe die proletarische Solidarität! Es lebe die Einheitsfront des Proletariats an der Ruhr!"

•

Die Essener Kontrollausschüsse in Funktion

WTB. **Essen**, 28. Mai.

Zwischen Vertretern der Metzger, der Viehhändler, der Landwirtschaft und einer Kontrollkommission, die nicht identisch ist mit der schon vor einiger Zeit von der Preisprüfungsstelle eingesetzten Preiskontrollkommission, fanden heute morgen auf dem Schlachthofe Verhandlungen über eine Preisregelung der Fleisch-, Wurst- und Fettwaren statt. Von der Kontrollkommission wurde auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht. Sie erklärte, die Menge nicht mehr in der Hand halten zu können, wenn in der Preisfestsetzung für die Fleisch- und Wurstwaren kein Entgegenkommen gezeigt werde. Von seiten der Fleischer, der Vertreter der Landwirte und der Viehhändler wurde die Erklärung abgegeben, daß sie bereit seien, angesichts der Lage jedes Entgegenkommen, soweit es wirtschaftlich möglich sei, zu zeigen. Man würde sich damit zufrieden geben, wenn man für die vorhandenen Fleischbestände einzig und allein das bar ausgelegte Geld zurückerhalten würde. Die Metzger und Kleinhändler sind bereit, die Fleisch- und Wurstwaren ohne jeden Gewinn zu einem Preise zu verkaufen, der sich aus dem Einstandspreis und Unkostenzuschlag ergibt. Von der Kontrollkommission wurde angeregt, daß man bei der Preisfestsetzung nicht in einer Form vorgehen könne, durch die die Heranschaffung neuer Waren unfehlbar unterbunden werden würde. Da sich der heutige Auftrieb nur auf die Hälfte der Vorwoche beläuft, ist man genötigt, um die Fleischversorgung der Bürgerschaft aufrechtzuerhalten, in größeren Mengen Gefrierfleisch zum Verkauf zu bringen. Auf Grund der von den Händlern und Metzgern beigebrachten Unterlagen wurden im Einverständnis mit der Kommission die Preise festgesetzt. Der Verkauf erfolgt nur in rationierten Mengen. Die Kommission gab die Erklärung ab, daß sie die Verpflichtung übernehme, für den geregelten und ungestörten Verkauf zu den vereinbarten Preisen zu sorgen.

Der Schlachthof wird seit Sonntag nachmittag durch eine kommunistische Hundertschaft bewacht, die auch heute früh Absperrungen vorgenommen hat und die Menge zurückhält.

•

Französische Waffen für den Bochumer Selbstschutz

Bochum, 29. Mai.

Während des Sonntags erwies sich nach der „Kölnischen Zeitung" die durch Selbstschutz auf 2000 Mann verstärkte städtische Feuerwehr als Herr der Lage. — Laut Mitteilungen der Telegraphenunion erklärte heute ein französischer Kriminalbeamter, der die Feuerwehr aufsuchte, daß die kommunistische Bewegung eine große Gefahr darstelle, und daß er mit dem Leiter des Sicherheitsdienstes Maßnahmen verabreden wolle. Die Feuerwehr wies den Kriminalbeamten an die zuständige Stelle. Wie es heißt, sind in Bochum **der deutschen Polizei von den Franzosen Maschinengewehre zur Verfügung gestellt worden.**

•

Polizeiaktion im Einverständnis mit den Franzosen

(Eigene Drahtmeldung)

Dortmund, 29. Mai.

Im Industriegebiet hat der Regierungspräsident aus Münster an den kommandierenden General der Besatzungstruppen den Antrag gestellt, 6000 Mann Schupo in die gefährdeten Gebiete zu entsenden.

Von seiten des stellvertretenden Regierungspräsidenten wurde der General aufgefordert, für Düsseldorf, Duisburg, Mülheim-Ruhr, je 200 Mann als Verstärkung zu senden. Beide Gesuche wurden abgelehnt. Der General gab aber schließlich die **Erlaubnis, blaue Polizei und Kriminalbeamte in die gefährdeten Gebiete zu entsenden.** Dann gab der General Degoutte seinen unterstellten Kommandanten die Anweisung: Den eventuellen Gesuchen der Polizeibehörden haben die **französischen Truppen zwecks Unterstützung der Unruhen Folge zu leisten.** Die deutsche Regierung hat davon Kenntnis genommen und besondere Anweisungen bekanntgegeben, daß die Stadtverwaltung im Notfalle von dem Äußersten Gebrauch machen dürfen. **Inzwischen sind französische Soldaten gegen Streikende eingeschritten.** Von Elberfeld, Barmen, Hagen, Remscheid, Düsseldorf, Duisburg, Hamborn wurden blaue Polizisten, Kriminalbeamten und Assistenten nach Dortmund, Mülheim, Hagen usw. entsandt, um in kürzester Zeit unter Zuhilfenahme aller Machtmittel für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

•

Reichswehrtransporte nach Westen

Berlin, 29. Mai.

Gestern vormittag wurde auf dem Bahnhof Groß-Lichterfelde-West ein Regiment Reichswehr in feldmarschmäßiger Ausrüstung eingeladen. Der Transport ging in Richtung Magdeburg.

•

Die Zentralstreikleitung und die Union der Hand- und Kopfarbeiter haben die Ruhrarbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgerufen. Sie hat das offenbar getan, um die errungenen Erfolge zu sichern und die Einheitsfront, die sich in der spontanen Massenbewegung gebildet hat, fest zu organisieren. Die Bourgeoisie weiß, daß die Erfolge der Ruhrarbeiter — deren Bedeutung wir im Rahmen des Gesamtkampfes durchaus nicht überschätzen — ihre Absichten, die auf verschärfte Ausbeutung der Ruhrarbeiterschaft hinauslaufen, zunächst zunichte machen oder doch wenigstens außerordentlich erschweren. Sie erkennt die Gefahr, in der sie schwebt und — entschlossen, um jeden Preis ihre Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten — reicht dem Erbfeind von gestern, dem Franzosen, beide Hände. Den sie gestern als Lumpen, Verbrecher und was dergleichen liebenswürdige Ausdrücke mehr sind, beschimpfte, der ist heute ihr bester Bundesbruder gegen den „landesverräterischen, verlumpten" Kumpel, gestern noch im Interesse der „nationalen Abwehr" der liebwerte und geschätzte Volksgenosse.

Und Poincarés Offiziere greifen zu. Sie haben zwar (eine hämische Farce!) den Interpreten der Absichten der deutschen Bourgeoisie, den Regierungsrat Lutterbeck, vorläufig erst einmal eingesperrt. Sie haben aber gleichzeitig durch den Mund des Generals Denvignes erlaubt, daß die kommunale Polizei an den Orten verwendet wird, die jeweilig bedroht sind. Außerdem haben die französischen Besatzungsbehörden sich bereit erklärt, ihre „Neutralität" aufzugeben. In Hörde, Wanne, Stoppenberg und Bochum haben sie bereits zugunsten der bewaffneten faszistischen Banden eingegriffen.

Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß die deutsche Bourgeoisie ganz offiziell durch die Regierung die französischen Militaristen auffordert, sie in der **blutigen Niederwerfung der Bewegung im Ruhrgebiet zu unterstützen;** daß die Franzosen — die genau wissen, daß nur ein unterdrücktes Ruhrproletariat ihnen gestattet, die geplante Ausbeutung der Ruhrschätze im Einverständnis mit den deutschen Kapitalisten durchzuführen — bereits allenthalben dieser Aufforderung nachgekommen sind. **Die Einheitsfront der deutschen Kapitalisten und ihrer faszistischen Hausknechte mit den französischen Offizieren ist längst hergestellt.**

Damit rückt eine neue Gefahrenreihe in bedrohliche Nähe. Die Hilfe der Franzosen bedeutet — Unterwerfung der Cuno-Regierung! Die Besetzung der Betriebe auf Wunsch und mit Einwilligung der Unternehmer — dauernde Arbeit unter den Bajonetten!

In dieser Situation muß das Ruhrproletariat kaltes Blut bewahren. Es muß jetzt alles meiden, was der Einheitsfront der deutsch-französischen Blutsauger einen willkommenen Vorwand bieten könnte, im Namen der „Ruhe und Ordnung" ein riesengroßes Blutbad im Ruhrgebiet anzurichten. Allein kann das Ruhrproletariat einem Angriff der verbündeten deutsch-französischen Bourgeoisie nicht widerstehen. Noch sind seine Formationen der Einheitsfront nicht festgefügt, noch hat der Gedanke der kämpfenden proletarischen Einheitsfront im übrigen Deutschland bei der VSPD.-Arbeiterschaft nicht den genügend festen Boden gefaßt, noch hat auch die Arbeiterschaft des gesamten übrigen Deutschland nicht die Bedeutung des Massenkampfes an der Ruhr voll erfaßt und zum Kampf solidarisiert. Aus all diesen Gründen muß jetzt das Ruhrproletariat eine Kampfpause eintreten lassen, bis die Reihen der proletarischen Einheitsfront im ganzen Reiche sich schließen, die im Ruhrgebiet von unten herauf durch die ungeheure Not und trotz des Verrats der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in wenigen Tagen Tatsache geworden ist. Die Arbeiterschaft in Sachsen, Thüringen, in Mitteldeutschland und im ganzen Reiche muß die gefahrvolle Situation erkennen. Die Bourgeoisie rüstet zum Gegenvorstoß. Die Industrie hat bereits ihre Forderungen präzisiert, die auf völlige Versklavung der Arbeiter hinauslaufen. Cuno geht darauf ein, die bürgerliche Koalition ist entzückt, die Sozialdemokraten stehen da und schütteln bedenklich — im übrigen aber untätig — ihre Köpfe. Die Landwirtschaft kündigt ihre entsprechenden Forderungen an. **Diese Regierung Cuno, in einem die Regierung schärfster proletarischer Auslaugung und des permanenten Landesverrats, muß fallen. Das gesamte deutsche Proletariat muß sich vereinigen zum Kampf um die Reichs-Arbeiter-Regierung, die allein eine Gewähr bietet, daß die Ruhrarbeiter nicht isoliert und erwürgt, und daß der Bourgeoisie selbst die Lasten ihrer Kapitulation aufgebürdet werden.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230530-15/fragment/page=0001

Der Dolchstoß in den Rücken der Ruhrfront

Die Regierung Cuno hat die Telegraphenbureaus und die Pressevertreter angewiesen, gegen die Kommunistische Partei eine Hetze einzuleiten. Und prompt arbeitet darauf die bürgerliche Presse. Alle großen und kleinen bürgerlichen Zeitungen berichten von gewaltsamen Stillegungen der Betriebe durch kommunistische Hundertschaften, von Mordtaten der Kommunisten, ja selbst die „abgeschnittenen Ohren" und „ausgestochenen Augen" aus den ersten Kriegstagen von 1914 fehlen nicht.

Warum dies alles? Die deutsche Bourgeoisie ist am Ende ihres „nationalen Widerstandes". Für sie ist es die höchste Zeit, daß sie wieder auf dem Weltmarkt erscheint, daß die Verständigung mit den französischen Kapitalisten erfolgt, die momentan durch die Truppen Poincarés die Profite der deutschen Großindustriellen beschneiden lassen. Die Regierung Cuno braucht deshalb einen plausiblen Vorwand für die Aufgabe des „nationalen" Widerstandes, für die vollkommene Kapitulation. Und diesen Vorwand soll die Kommunistische Partei, sollen die streikenden Arbeiter des Ruhrgebiets abgeben. Um den Kleinbürgern und den „nationalen" Kreisen die Aufgabe des Widerstandes schmackhaft zu machen, braucht die Regierung und die Bourgeoisie den „Dolchstoß" durch die kommunistischen Hundertschaften. Deshalb in allen bürgerlichen Zeitungen die Schwindelnachrichten über die Streikbewegung im Ruhrgebiet, deshalb die Forderung der Stinnespartei nach dem Verbot der Kommunistischen Partei, deshalb die Vorbereitungen zur blutigen Niederschlagung der streikenden Ruhrarbeiter.

Von jeher hat die Bourgeoisie das Proletariat nur für ihre Zwecke und Ziele gebraucht und wenn die herrschende Klasse das Proletariat umschmeichelte oder gar lobte, dann eben nur, um es für sich auszunutzen. Aber so gemein, wie unter der Regierung Cuno die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets behandelt worden ist, ist wirklich noch keine Arbeiterschaft behandelt worden. Welche Hoffnungen hat man nicht an die Cuno-Regierung mit ihrem Reichswirtschaftsminister Becker geknüpft! Als Cuno sechs Wochen im Amte war, war der Margarinepreis um 200 Mark gefallen und das Cuno-Kabinett wurde von der bürgerlichen Presse als der „Retter Deutschlands" gepriesen. Als der Dollar Ende Januar auf 49 000 stand, da waren natürlich die Franzosen daran schuld, als aber dann durch die „Markstabilisierung" der Dollar um 21 000 herum zu stehen kam, da konnte der Wirtschaftsminister Becker nicht genug gepriesen werden.

Ueberhaupt ein tüchtiger Mann, dieser Becker. Obgleich der Dollar für einige Wochen „stabilisiert" worden war, war von einer Stabilisierung der Preise nichts zu merken, desto mehr und länger aber von der Stabilisierung der Löhne. Unter dem Regime des Wirtschaftsministers Becker bekamen es die Unternehmer sogar fertig, die Löhne teilweise abzubauen. Unter Beckers Wirtschaftsregierung wurde eine Verordnung über die Devisenspekulation erlassen, die heute nur deshalb in keinem einzigen Falle angewendet worden ist, weil der Herr und Meister des Herrn Becker, Herr Stinnes, derjenige ist, der in den letzten Wochen die treibende Kraft zu den Devisenkäufen und somit zum Sturze der Mark gewesen ist. Herr Becker ist der Verantwortliche für die Ruhrhilfe, für die die Arbeiter einen Stundenlohn und Sonntagsschichten und die Angestellten 1 bis 3 Prozent ihres Gehaltes heute noch opfern. Und während die Unternehmer in zahllos nachgewiesenen Fällen sich schamlos an der Ruhrhilfe bereichert haben, müssen im unbesetzten Gebiet die Vertriebenen und Flüchtigen sich hungernd und obdachlos herumdrücken oder werden gar, wie in Halle, mit Frau und Kind auf die Straße gesetzt. Die Groß-Industriellen aber lassen auf Kosten der Ruhrhilfe ihre Betriebe erneuern oder machen mit den Krediten des Reiches noch ungeheure Devisengeschäfte, kaufen Dollars und bewirken somit mit dem Gelde, das von den Arbeitern und Angestellten vielfach direkt erpreßt worden ist, die weitere Entwertung der Mark. Die Cuno-Regierung hat es fertig gebracht, daß mehr als 300 Millionen Mark Reichsbankgold zur „Markstabilisierung" den Weg ins Ausland gegangen sind, damit die Unternehmer bei einem Dollarstande von 20 000 im Auslande billig Kohlen und andere Rohstoffe kaufen konnte, um sie jetzt bei einem Dollarstande von 70 000 zu hohen Preisen wieder zu verkaufen. Ein sehr feines Geschäft, die Markstabilisierung unter der Firma Cuno-Becker! Und letzten Endes ist das Cuno-Kabinett bereit, über das „Garantie"-Angebot der Industrie für die Reparationsleistungen sehr ernsthaft zu verhandeln. Herr Becker, der Wirtschaftsminister, der Mann des Herrn Stinnes, dessen Angebot ja das Angebot der Industrie ist, wird in der Regierung gewiß zu den unverschämten Forderungen der Industrie nicht nein sagen, denn die Garantieleistung ist für die Stinneskapitalisten ein feines Geschäft.

Als die Franzosen das Ruhrgebiet besetzten und die Arbeiter, besonders die Eisenbahner, dem französischen Räuber-Imperialismus den passiven Widerstand entgegensetzten, ja sich weigerten, unter französischen Bajonetten zu arbeiten und den Befehlen der deutschen Regierung, die vielfach der Stinnesminister Becker erließ, nachkamen, da waren sie liebe Kinder, und die bürgerliche Presse war voll von den „Helden" und echt „deutschen Männern", die ausgewiesen oder gar verurteilt worden waren.

Indessen haben die Unternehmer ihr wahres Gesicht gezeigt. Während der Dollar von 20 000 auf nahezu 70 000 stieg, die Preise für Waren aber noch viel wahnsinniger emporschnellten, blieben die Löhne weit zurück. So haben die Eisen- und Stahlindustriellen vom 11. bis 24. Mai die Preise dreimal um insgesamt 62,5 Prozent erhöht. Doch die Metallindustriellen machten zunächst ein Lohnangebot von 25 Prozent. In der Woche vom 11. bis 20. Mai betrug das Existenzminimum für Mann, Frau und zwei Kinder 223 914 Mark, gegenüber der Vorwoche war das eine Steigeruung von 12 000 Mark und gegenüber der Vorkriegszeit eine Erhöhung um das 6831fache. Das Reichsarbeitsministerium aber brachte es fertig, einen Schiedsspruch zu fällen, der den Bergarbeitern eine Lohnerhöhung von — 11 Prozent brachte. Setzt man nur einen Friedenswochenlohn von 35 Mark ein, so müßte heute der Wochenlohn eines Arbeiters, gemessen an den heutigen amtlichen Indexziffern, 239 085 Mark betragen!

Eine solche „nationale Einheitsfront" war den Arbeitern des Ruhrgebiets denn doch zu viel. Und wie sie solange gegen Poincaré für die deutsche Cuno-Regierung und die deutschen Kapitalisten gekämpft haben, so traten sie in den Streik für ihre eigene Existenz. Nach Ansicht des Becker sind die Ruhrarbeiter Landesverräter, weil sie nicht verhungern wollen. Aber Becker ist es, der den Dolchstoß führt, Becker ist es, der durch seine Wirtschaftspolitik die Ruhrarbeiter in den Streik hineingetrieben hat, der heute die Vorbereitungen treffen läßt, um die Ruhrarbeiter blutig niederzuschlagen.

Das Ruhrproletariat darf nicht allein bleiben. Wie im Ruhrgebiet, so steht auch bei uns, in Mitteldeutschland und im ganzen Reiche, der Dollar auf 70 000, während die Unternehmer nur Lohnerhöhungen von 25 bis 30 Prozent bewilligt haben. Die Arbeiterschaft braucht mindestens eine Verdoppelung ihrer jetzigen Löhne. Die Forderungen der Ruhrarbeiter sind die Forderungen der gesamten Arbeiterschaft, die nicht zugeben darf, daß die Ruhrarbeiter blutig niedergeschlagen werden. Schon rollen Reichswehrtransporte nach dem Westen, schon rüsten sich die Faszistenbanden in Mitteldeutschland, um an der Niederschlagung der Arbeiterschaft sich zu betiligen.

Deshalb heraus zum Protest. Ueberall muß die Arbeiterschaft gegen die Absicht der Cuno-Regierung, gegen die Politik des Wirtschaftsministers Becker und seines Beauftragten Lutterbeck in einmütigem Massenaufmarsch protestieren. **Becker treibt die Arbeiter in immer tieferes Elend, Becker holt die französischen Bajonette, Becker führt den Dolchstoß in den Rücken der Ruhrarbeiter, Becker muß verschwinden!**

Erfolge der proletarischen Selbsthilfe

Herabsetzung der Lebensmittelpreise in Essen

Essen, 27. Mai.

In Essen haben die Kontrollausschüsse eine allgemeine Herabsetzung der Lebensmittelpreise nach dem Muster von Gelsenkirchen und anderen Orten des Ruhrgebiets durchgeführt. Die Lebensmittelpreise wurden durchschnittlich um etwa 40 Prozent herabgesetzt. Die Geschäfte hielten geschlossen, wurden jedoch in den Nachmittagsstunden veranlaßt, zu öffnen und zu den herabgesetzten Preisen zu verkaufen. Die proletarischen Hundertschaften ziehen geschlossen durch die Straßen und achten scharf darauf, daß keine Ausschreitungen oder Plünderungen vorkommen.

Eine Vertrauensversammlung des DMV. in Bochum verlangte die sofortige Bildung des proletarischen Selbstschutzes durch die Gewerkschaften. In einer Versammlung des Baugewerkbundes, Bochum, verlangte die Mitgliedschaft entgegen den stärksten Sabotageversuchen der reformistischen Führer den sofortigen Eintritt in den Streik und Bildung von proletarischen Selbstschutzorganisationen aus der Bauarbeiterschaft heraus.

Sozialdemokratische Arbeiter protestieren bereits gegen die Schreibweise der sozialdemokratischen Presse

In der Vertrauensmännersitzung des DMV. in Bochum fand dieser Tage eine Aussprache statt über die Vorgänge während des Streiks. Sämtliche SPD.-Kollegen verurteilten die überaus schmutzige Schreibweise des sozialdemokratischen „Volksblattes". Einmütig wurde der schärfste Protest gegen die Art von Arbeiterpolitik, wie sie leider nicht nur in diesem SPD.-Blatte beliebt wird, erhoben. Es wird überall Sache der SPD.-Arbeiter sein, in ihren Redaktionen für eine gründliche Reinigung zu sorgen.

Die deutsche Note

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 30. Mai.

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" von heute morgen haben die bisherigen Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den Parteien mit Ausnahme der Garantiefrage eine Einigung über die Antwortnote ergeben. Worin die Einigung besteht, wird noch ängstlich geheimgehalten. Der Reichstag wird voraussichtlich am 5. Juni zusammentreten, um die neue deutsche Note zu diskutieren.

Der belgische Stinnesierungsplan

Verpachtung der Reichseisenbahnen und der Staatsmonopole

Paris, 29. Mai.

Der „Matin" schreibt zu dem Inhalt des Vorschlages, den die belgische Regierung in der letzten Woche in Quai d'Orsay überreichen ließ: Die belgische Regierung glaubt, daß aus Deutschland jährlich 2 Milliarden, 400 Millionen Goldmark durch folgende Mittel gezogen werden könnten: Deutschland kenne so gut wie gar keine Staatsmonopole. In Deutschland laste auf dem Zucker nur 1,8 Prozent Steuern. Das gleiche sei für den Tabak der Fall. Was die Eisenbahnen betreffe, so hätten die deutschen Industriellen, als sie daraus ein Privatunternehmen machen wollten, mit einem jährlichen Ertrag von einer Milliarde Goldmark gerechnet. Die Monopole müßten einem internationalen Syndikat übergeben und den Alliierten zugunsten der Reparation ein beträchtlicher Anteil daran eingeräumt werden. Die belgische Regierung schlägt weiter vor, daß die Monopole der Eisenbahn auf 60 Jahre verpachtet werden. Weiter schlägt die belgische Regierung eine Beteiligung von 25 Prozent an den deutschen Industrien vor. Die Besetzung der Ruhr würde den Charakter einer Kontrolle für die Kohlen- und Kokslieferungen haben.

Poincarés neues Vertrauensvotum

(Eigene Drahtmeldung)

Paris, 30. Mai.

Nachdem in der gestrigen Kammersitzung infolge von Angriffen Tordieus die Situation der Regierung sehr kritisch erschien, verstand es Poincaré in einer längeren Rede, seine Ruhrpolitik zu rechtfertigen. Der Ruhrkredit wurde gleichzeitig mit einem Vertrauensvotum für die Regierung mit einer Mehrheit von 505 gegen 67 Stimmen angenommen. Demnach hat die bürgerliche Linke geschlossen für Poincaré gestimmt.

Erst Wucherfreiheit, dann Garantie

Berlin, 30. Mai.

Ueber die Bereitschaft der Landwirtschaft, sich in hinreichender Weise an der Garantie für das neue deutsche Angebot zu beteiligen, meldet das „B. T.", die Landwirtschaft habe das davon abhängig gemacht, daß sich der Staat jedes zwangsmäßigen Eingriffes, der die Produktion behindern könnte, enthalte. Die Landwirtschaft sei der Auffassung, daß, wenn sie ihre Kräfte in den Dienst der Lösung des Reparationsproblems stelle, der Produktion keinerlei Fesseln angelegt werden dürften und jede Zwangswirtschaft fortfallen müsse. Unter diesen Voraussetzungen sei die Landwirtschaft bereit, die gleiche Summe auf sich zu nehmen wie die deutsche Industrie.

Poincaré hetzt Cuno gegen die Kommunisten

(Eigene Drahtmeldung)

Paris, 28. Mai.

Poincarés Organ, der „Temps", widmet einen Leitartikel den Ereignissen im Ruhrgebiet und schreibt u. a.: „Es ist nicht unsere Sache, alle Eingriffsmittel zu untersuchen, die der Reichsregierung, den Landesregierungen und den großen wirtschaftlichen und politischen Organisationen, deren Aufgabe es ist, die Revolutionäre zu bekämpfen, zur Verfügung stehen. Einige dieser leicht anzuwendenden Maßnahmen liegen auf der Hand ... Die Kommunistische Partei gibt riesige Summen für ihre Propaganda aus. Nach Informationen aus zuverlässiger Quelle verfügt sie augenblicklich über einen Kredit von 20 Millionen schweizerischer Franken, die aus Moskau stammen. Könnte nicht die Reichsregierung, die ja angibt, den Devisenverkehr zu kontrollieren, diese Gelder einfach beschlagnahmen?"

„Die englische Regierung, als sie bemerkte, daß die kommunistische Propaganda an den Grenzen Indiens fortdauerte, hat an Moskau ein Ultimatum gerichtet. Die Reichsregierung hat sich aber merkwürdigerweise diesmal gehütet, sich aus London Ratschläge zu holen ..."

Die Ausführungen des französischen halbamtlichen Organs sind mehr als eine höfliche Polemik mit Cuno, es ist darin ein ganzes Aktionsprogramm enthalten. Die Kapitulation vor Poincaré soll von einer Erdrosselung der deutschen Arbeiterklasse und einem Bruch mit Sowjet-Rußland begleitet werden. Ein deutsches Ultimatum an — Rußland: würde das nicht das Nationalbewußtsein der revanchelustigen deutschen Patrioten gewaltig heben?

Solidarität mit den Ruhrkämpfern

Der Wille der in Arbeiterschaft, mit aller Kraft und aller Kampfentschlossenheit sich an die Seite der Ruhrproletarier zu stellen, sie gegen das ihnen von den Faszistenbanden und dem Bürgerblock zugedachte Blutbad abzuwehren, setzt sich immer entschiedener durch. Immer breitere Arbeiterschichten werden von der Solidaritätsbewegung erfaßt.

In Hannover hat in einer überfüllten öffentlichen Volksversammlung am Sonntag ein sozialdemokratischer Redner erklärt: „Uns trennt nichts von unseren kommunistischen Arbeitsbrüdern; wenn unsere Führer noch länger mit dem Bürgertum Hand in Hand arbeiten, dann werden wir alle Kommunisten. Die Zeit ist reif, es muß gehandelt werden."

In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde gefordert: Sturz der Regierung Cuno, — an deren Stelle eine Arbeiterregierung, engste Verbindung mit Sowjet-Rußland, — das muß der eiserne entschlossene Wille des Proletariats sein. Die Durchsetzung dieses Zieles bedeutet gleichzeitig die Niederlage Poincarés.

Curzon besteht auf seinem Ultimatum

WTB. London, 29. Mai.

Der gut unterrichtete diplomatische Korrespondent der „Daily News" schreibt über die lange Unterredung, die Krassin gestern nachmittag mit Lord Curzon hatte, daß die Besprechungen hauptsächlich die Frage der Propaganda betrafen. Krassin werde jetzt nach Moskau die klaren Forderungen überweisen, die Curzon weiterhin stelle. Wenn die russische Regierung nicht bereit sei, den in Frage kommenden Beamten ein anderes Betätigungsfeld zu überweisen und sie durch Vertreter zu ersetzen, die weniger ungestüm seien, so werde ein Uebereinkommen wohl nur schwer zu erzielen sein.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald" schreibt zu den neuen englischen Forderungen an Sowjet-Rußand: „Curzon arbeitet systematisch auf einen Bruch mit Rußland hin. Es ist ein offenes Geheimnis, daß er die neue russische Antwort für ungenügend hält und will darauf bestehen, daß die Sowjetregierung ihre Funktionäre, die vom englischen Spitzeldienst der „Propaganda" im Orient beschuldigt werden, abberufe. Es ist klar, daß dies eine Forderung sei, die von keiner Regierung erfüllt werden kann. Sie ist eine Parallele zur österreichischen Forderung an Serbien im Jahre 1914, die von den Alliierten als mit der Souveränität eines selbständigen Staates unvereinbar gebrandmarkt wurde."

Aus den Betrieben und Werkstätten

Die Tätigkeit der Kontrollausschüsse im Reiche

Eine große Anzahl der Kontrollausschüsse im Reiche sind in der Lage, über ihre erfolgreiche Tätigkeit in den letzten Wochen erneut berichten zu können. Besonders der Königsberger Kontrollausschuß, der sich nur aus Hausfrauen zusammensetzt, zeigt, was diese im Kampfe gegen den Wucher leisten können. Seit Monaten führen diese tapferen Frauen eine regelmäßige Markt- und Ladenkontrolle durch und haben in Hunderten von Fällen erreicht, daß die Verdienstspanne der Händler verkleinert worden ist. **Die erfolgreiche Tätigkeit des Kontrollausschusses führte zur Anerkennung durch die Stadtbehörde und die Mitglieder wurden mit amtlichen Ausweisen von der Preisprüfungsstelle versehen.** Die Markthändler, die alle Selbsterzeuger sind, waren über die Kontrolle sehr erbost und beschlossen deshalb, mit ihren Waren in den Vorortbahnhöfen auszusteigen, um sie direkt in die Häuser der Bourgeoisie zu bringen. Auf Veranlassung der Hausfrauen wurde deshalb ein Kontrollausschuß der Eisenbahner gewählt, der ebenfalls mit Ausweisen der Preisprüfungsstellen versehen wurde. Diese Eisenbahner sorgen jetzt dafür, daß die Händler ihren Weg zur Stadt finden.

Auch der Kontrollausschuß von Leipzig berichtet aus seiner Tätigkeit in den letzten Wochen über sehr erfreuliche Erfolge. Besonders in den Tagen, als der Dollar wieder die ersten Sprünge unternahm und die Geschäftsleute ihre alten Ladenhüter sehr rasch hinaufzeichneten, setzte der Kontrollausschuß in einer Anzahl von Fällen durch, daß die Preise wieder herabgesetzt werden mußten. Verschiedenen Käufern von Wohnungseinrichtungen wurde von den Kontrollausschüssen geholfen.

Eine vierköpfige Familie, vollständig lungenkrank, kampierte wegen Obdachlosigkeit nachts in Kellern und Bahnhofsklosetts. Die Frau befand sich in schwangerem Zustande. Um der größten Not der Familie zu steuern, veranstaltete der Kontrollausschuß eine Sammlung und zwang die Behörden, sofort einzugreifen. Bei dieser Gelegenheit und in zahlreichen anderen Wohnungsfällen wird der Kontrollausschuß von Leipzig von zwei praktischen Aerzten unterstützt.

In Schonnebeck bei Essen setzte der Kontrollausschuß mit Hilfe eines sanften Druckes der proletarischen Hundertschaften durch, daß die Preise der Geschäftsleute auf das Niveau herabgesetzt **werden, wie sie in den Konsumvereinen der Orte üblich sind.**

Das gleiche führte der Kontrollausschuß in Trisbes mit Hilfe von demonstrierenden Arbeitern gegenüber den Fleischermeistern durch.

Daß die Kontrollausschüsse nicht nur allein den Kampf gegen die Händler führen, sondern auch bereit sind, den Kampf gegen die Erzeuger an der Wurzel aufzunehmen, geht aus dem Bericht des Ebersbacher Kontrollausschusses hervor. Ein Fleischermeister kaufte bei einem Landwirt eine ältere Kuh zum Preise von 200 000 Mark pro Zentner Lebendgewicht. Der Landwirt erkundigte sich beim Vorsitzenden der Landwirte, welcher sagte, er solle noch warten. In der Zwischenzeit bot ein anderer Fleischermeister 210 000 Mark und der erste Fleischer sollte von seinem Kauf Abstand nehmen. Der Kontrollausschuß schritt ein und setzte durch, daß der Landwirt die Kuh für den ursprünglichen Preis an den ersten Fleischer abgeben mußte.

Der Eisleber Kontrollausschuß

Als im vorigen Jahre im ganzen Reiche zur Bildung von Kontrollausschüssen aufgerufen wurde, befaßte sich das hiesige Gewerkschaftskartell eingehend mit dieser Frage. In einer öffentlichen Versammlung wurde zur Bildung des Kontrollausschusses geschritten. Die Versammlung schlug als Kontrollausschuß drei Karteldelegierte, zwei VSPD., zwei Parteilose, zwei KPD. vor. Der Magistrat lehnte die Anerkennung ab, beauftragte aber die Beamten der Wucherpolizei, den Kontrollausschuß zu unterstützen. Der Kontrollausschuß nahm seine Tätigkeit auf. Auf dem Wochenmarkte wurden große Schilder ausgehängt, ein Genosse nahm Meldung von Wucherfällen entgegen. Im allgemeinen wurden die Preise herabgedrückt, die Bekanntgabe in der Zeitung hatte den Erfolg, daß wohl Fälle gebracht wurden, die aber in sich zusammenbrachen, weil am 16. Dezember 1922 das Reichswirtschaftsministerium eine Verfügung herausgab, die den Geschäftsleuten als Grundlage des Verkaufspreises den Wiederbeschaffungspreis gestattete. Es sind ungefähr 150 Anzeigen wegen Wucher erstattet worden. Wieviel davon erfolgreich waren, konnte noch nicht festgestellt werden, da die meisten Verfahren noch schweben. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die zwei VSPD.-Genossen nach kurzer Zeit ihre Mitarbeit verweigerten, so daß nur Kommunisten und Parteilose im Ausschuß sitzen. **Ferner wurde die Arbeiterschaft der umliegenden Ortschaften aufgefordert, Kontrollausschüsse zu bilden.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230530-15/fragment/page=0002

Die Internationale Transportarbeiter-Konferenz

(Eigener Bericht)

** Die Konferenz fand am 23. und 24. Mai 1923 in Berlin statt. Sie wurde von den Vertretern der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (Amsterdam) und der Russischen Transportarbeiterverbände als Ergebnis des vorangegangenen Schriftwechsels zwischen diesen Organisationen einberufen.

Zusammensetzung der Konferenz: An der Konferenz nahmen teil von seiten der ITF.: Robert Williams, Vorsitzender der ITF. (England). Edo Fimmen, Generalsekretär der ITF. (Holland). Johann Döhring, Vorstandsmitglied der ITF. (Deutschland). Marcel Bidegaray, Vorstandsmitglied der ITF. (Frankreich). N. Natans, 2. Sekretär der ITF. (Holland). Von seiten der russischen Verbände: A. Andrejew, Vorsitzender des Zentralkomitees des Allrussischen Verbandes der Eisenbahner. A. Sadowski, Vorsitzender des Zentralkomitees des Allrussischen Transportarbeiterverbandes. G. Atschkanow, 2. Vorsitzender des Zentralkomitees des Allrussischen Verbandes der Seeleute. A. Losowski, Vertreter des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaftsverbände.

Verhandelt wurde über folgende Fragen:

1. Kampf gegen Krieg und Kriegsgefahr.
2. Kampf gegen den Faszismus.
3. Die Einheitsfront aller Transportarbeiter und ihrer Organisationen, sowohl der der ITF. als auch der der RGI. angehörigen.
4. Gründung eines Hilfsfonds für die Transportarbeiterverbände, die vom Faszismus verfolgt werden.
5. Verschmelzung der zersplitterten Verbände bzw. Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Verbände und Gruppen in den einzelnen Ländern.
6. Einberufung und Organisierung eines internationalen Kongresses der Transportarbeiterverbände.
7. Aufruf an alle internationalen Berufssekretariate zur Bildung einer Einheitsfront der Arbeiterschaft.

In den Reden sowie auch in den Ausführungen der Genossen Fimmen, Döhring, Bidegaray, Losowski, Andrejew usw. kam übereinstimmend die Anerkennung der unbedingten Notwendigkeit einer baldigen Herstellung der Einheitsfront aller Transportarbeiter zum Ausdruck. In der Diskussion kam von allen Seiten der Wille zum Ausdruck, von Worten zur Tat überzugehen, um auf dem Wege zur Schaffung der Einheitsfront praktische Fortschritte zu machen. Es wurden Kommissionen gewählt, die mit der Ausarbeitung einzelner Fragen für die endgültige Beschlußfassung seitens der Konferenz beauftragt wurden.

Beschlüsse.

Als Resultat der intensiven Arbeit der Konferenz wurden die folgenden Beschlüsse über die brennenden, die Transportarbeiterverbände der verschiedenen Länder betreffenden Fragen angenommen:

1. Einen Aufruf zum Kampf gegen den Krieg im Namen der Konferenz zu erlassen.
2. Einen Aufruf zum Kampf gegen den Faszismus zu erlassen.
3. Ein gemeinsames paritätisches Aktionskomitee zu gründen, um die Einheitsfront der Transportarbeiter herzustellen und den Kampf gegen Krieg, Faszismus und Reaktion zu führen.
4. Eine Mitteilung über die Gründung dieses Aktionskomitees allen Transportarbeitern und Transportarbeiterorganisationen zugehen zu lassen.
5. Für das Aktionskomitee wird einstimmig das von der entsprechenden Kommission ausgearbeitete Programm, das Art und Weise sowie Mittel der Aktion gegen Faszismus und Kriegsgefahr festigt, angenommen. Dieses Aktionsprogramm wird von der Delegation der ITF., der Exekutive der ITF. zur Bestätigung vorgelegt.
6. Einen materiellen Hilfsfonds für die vom Faszismus verfolgten Transportarbeiterverbände zu bilden, insbesondere um die italienischen Transportarbeiterverbände zu unterstützen und wieder aufzurichten.
7. Im Herbst dieses Jahres einen internationalen Kongreß der Transportarbeiterverbände aller Länder und Richtungen zwecks Herstellung der Einheitsfront einzuberufen. Das Aktionskomitee wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Organisierung dieses Kongresses zu treffen.
8. In einer Resolution die Notwendigkeit der Einheitsfront der Transportarbeiter festzulegen.

Die Konferenz wurde eröffnet, durchgeführt und geschlossen unter der Losung der gemeinsamen kameradschaftlichen Arbeit und des bewußten Willens zur Einheit der Aktion aller Transportarbeiter. Weniger Reden und mehr Taten auf dem Wege zur wirklichen Einheit aller Transportarbeiter war die Tendenz. Geschlossen wurden die Verhandlungen durch Reden der Genossen Williams, Fimmen und Losowski, die ihrer Befriedigung mit den Arbeiten und Beschlüssen der Konferenz Ausdruck gaben und auf ihre besondere Bedeutung nicht nur für die Transportarbeiter, sondern für die Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt hinwiesen.

Die Sekretäre der Konferenz:

N. Natans. A. Sadowskii.

Der „Stahlhelm" in Leipzig entwaffnet

An dem Hakenkreuzler-Aufmarsch am vorigen Sonntag wollten zirka 200 Leipziger Stahlhelmleute ebenfalls teilnehmen. Am Leipziger Hauptbahnhof wurden sie von sächsischer Schupo festgenommen und nach der Wache gebracht, wo ihnen die Stahlhelme und Mordinstrumente aller Art abgenommen wurden. Eine Gruppe, die später anrückte und nicht gefaßt wurde, kam dann auf Umwegen nach Halle.

Die sächsische Regierung erkennt die Gefahren, die in der „Stahlhelm"-Bewegung für die Republik und die Arbeiterschaft bestehen, sie greift deshalb zu. Der preußische Innenminister Severing und der hallische Polizeipräsident Runge sollten sich an dem Vorgehen ihrer Leipziger und sächsischen Kollegen ein Beispiel nehmen.

Betriebszellen und Betriebsfraktionen

Von Johannes Schmidt

Bei den gewaltigen politischen Aufgaben, die die Kommunistische Partei zu lösen hat und zu deren Durchführung sie sich eines den Verhältnissen und Aufgaben angepaßten Organisationsapparates bedienen muß, ist sie gezwungen, auch ihren Organisationsapparat notwendigerweise auszubauen. Hinderlich steht ihr dabei die traditionell in der deutschen Partei bestandene Wohnbezirksorganisation im Wege, die auch die KPD. übernehmen mußte. Die Schaffung einer Organisation der Partei, die den Betrieb als ihr Fundament betrachten muß, ist jedoch keine Frage des Wunsches, sondern eine bittere Notwendigkeit. Prinzipiell hat die Partei und der 3. Weltkongreß die Lösung dieser Lebensfrage für die Partei festgelegt.

Die Wohnbezirksorganisation hat die Partei zu aktivisieren versucht, um sie beweglicher und elastischer zu machen. Sie führte das System der Zehnerschaften ein. Ferner wurden die Mitglieder verpflichtet, in allen wichtigen Organisationen der Arbeiterklasse sich zu Fraktionen zusammenzuschließen. Heute steht fest, wo gut ausgebaute Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Mieterfraktionen gearbeitet haben, da ist der Erfolg für die Partei nicht ausgeblieben. Die Partei verpflichtete die Mitglieder, vor allen Dingen zur Unterstützung der Gewerkschaftsarbeit, sich in den Betrieben zusammenzuschließen, stärkere Fühlung untereinander zu halten und durch gemeinsame Besprechungen aller Kommunisten in den Betrieben gemeinsam auf einer einheitlichen Linie vorzugehen. So wurden die Betriebsfraktionen geschaffen, die keine selbständigen Parteigebilde, sondern Hilfsorgane der Wohnbezirksorganisation sind, um die großen Mängel abzuschwächen, die die Wohnbezirksorganisation mit sich bringt.

So hat die Partei einesteils versucht, die Mängel der Wohnbezirksorganisation abzuschwächen, anderenteils glaubte sie, im verstärkten Maße ideologisch ihre Mitglieder zur grundsätzlichen Umstellung der Organisation zu bringen.

Der Zentralausschuß der deutschen Partei hat in seiner letzten Sitzung sich eingehend unter dem Druck der vorausgegangenen und kommenden Kämpfe der Arbeiterklasse und der daraus entspringenden Aufgaben der Partei, die sie lösen muß, mit der grundsätzlichen Organisationsumstellung der Partei befaßt und hält den Zeitpunkt für die zu beginnende Umstellung für gegeben. Im Referat des Genossen W. Ulbricht und in der angenommenen Resolution „Zur Bildung der Betriebszellen" ist dargelegt, wie mit der Schaffung der „Betriebsorganisation" begonnen werden soll. „Bildet Betriebszellen" ist die Parole. Damit ist schon genügend gekennzeichnet, daß das Fundament der Parteiorganisation nicht mehr der kommunale Wohnbezirk, sondern der Betrieb, die Werkstatt, sein soll.

Bedenken könnte man gegen den Namen „Zelle" haben, deshalb muß über die Namenbezeichnung für diese grundsätzliche Sache vollständige Klarheit herrschen. Das Wort Zelle wandten die Parteigenossen an, wenn sie schon von der Schaffung der Zehnergruppen und Fraktionen sprachen und meinten damit immer eine Teileinheit als Anhängsel der Wohnbezirksorganisation. Das Wort oder die Namensbezeichnung Zelle im Zusammenhang mit der Betriebsorganisation oder „Betriebszelle" gebraucht, heißt: Betriebsparteigruppe als eine Einheit der Parteiorganisation der KPD. Nicht Neben- oder Hilfsorgane des Wohnbezirks, der Parteiortsgruppen, sondern Hauptorgane des Organisationskörpers der Partei in der Zukunft, mit deren Schaffung heute begonnen werden soll.

In den herausgegebenen Richtlinien „Schafft die revolutionären Kaders" in Nr. 115 des „Klassenkampf" vom 19. Mai 1923 kann durch die Anwendung des Wortes „Betriebszelle" im ersten Absatz für die in Wirklichkeit gemeinten Betriebsfraktionen Verwirrung entstehen und bei den Genossen die Auffassung entstehen, daß die zu schaffenden „Betriebszellen" weiter nichts sind, als eine andere Aufmachung der Betriebsfraktionen. Die Parteigenossen müssen beachten, daß diese Richtlinien nicht die Frage der „Betriebszellen", sondern die der „Betriebsfraktionen" behandeln, wie ja auch deutlich aus dem Absatz 2 und 3 hervorgeht.

Jede Sache muß wohl seinen Namen haben. Von vornherein müssen aber Verwechslungen vermieden werden. Bei einer so wichtigen Angelegenheit, wie es die der „Betriebszellen" ist, ist das um so notwendiger. Genossen, wenn Ihr über die Schaffung der „Betriebszellen" diskutiert und mit der praktischen Arbeit beginnt, haltet scharf auseinander den Sinn und Inhalt der „Betriebsfraktion" und der „Betriebszellen".

Etatsdebatte im Provinziallandtag

45-Milliarden-Mark-Bedarf der Provinzialverwaltung — Sozialdemokratische Rüpeleien gegenüber den Kommunisten

Montag vormittag begann im Plenum die Besprechung des Etats mit einer Rede des Landeshauptmanns Oeser, der kurz den Haushalt erläuterte. Die Ausgaben betragen 45 Milliarden Mark, für 1922 ist noch ein Fehlbetrag von 700 Millionen Mark zu decken. Oeser zeigt sich optimistisch; er hat die (trügerische. D. Red. b. „Kl.") Hoffnung, daß die Provinz in absehbarer Zeit wieder zu einer gesunden finanziellen Basis kommen wird. Daß dieser Optimismus nicht am Platze ist, an den auch niemand glaubt, zeigte Oeser selbst, indem er an anderer Stelle ausführte, daß wir einer riesigen Geldentwertung entgegengehen, in der die jetzigen Ziffern geradezu verschwinden werden. Damit hat er die Lage richtig gezeichnet. Es hat sich doch inzwischen gezeigt, daß der schon im vorjährigen Landtag zur Schau getragene Optimismus auf ganz falscher Einstellung beruhte. Vor den heutigen Ziffern des Etats entsetzen sich bereits Vertreter des Bürgertums. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Redners über die Anforderung von Mitteln zur Bekämpfung der Syphilis. Danach sind in Deutschland rund eine Million Bewohner geschlechtskrank, und von diesen wieder leidet etwa der vierte Teil an der genannten Volksseuche. Die Bekämpfung ist zunächst als vorbeugende Fürsorge gedacht (Förderung der Heilung ermöglichenden Frühdiagnose). Als Oeser von den Gemeinden als den Grundmauern des Staates sprach, die gut erhalten werden müßten, wurde ihm mit Recht zugerufen, daß auch diese durch das kapitalistische System bereits morsch und faul sind. Zum Schluß ging Oeser auf das politische Gebiet über und meinte, daß wir alle Opfer bringen müßten, wenn wir aus der furchtbaren Krise herauskommen wollen. Von den Kommunisten wird ihm dabei zugerufen, er solle sich nur an die Rechte des Hauses wenden, denn von den Besitzenden würden die wenigsten Opfer gebracht.

Als zweiter Debatteredner sprach Henke (SPD.), der Sparsamkeit im Etat und stärkere Heranziehung der Besitzenden zu den Lasten des Volkes forderte.

Dann sprach der Volksparteiler Dr. Ripe (Halle). Er bezeichnet die im Etat geforderten Ziffern als entsetzlich für die Kreise und Gemeinden. Die bürgerliche Fraktion hat die Ablehnung des Etats erwogen (!), aber „wir würden uns damit nur schaden". Die „Erwägung" der Ablehnung des Etats soll ein Protest gegen die Reichsverwaltung sein. Von dieser müsse „Ordnung" auf dem Steuergebiet verlangt werden (Zuruf der Kommunisten: Her mit der Arbeiter-Regierung!) Im übrigen verlangt der Redner äußerste Sparsamkeit in der Verwaltung. Er zeigt dabei an einem Beispiel (Halle!), wie man das macht: alle entbehrlichen Angestellten und Arbeiter sollen rücksichtslos auf die Straße geworfen werden! Wehe den Proleten, wenn solche Leute erst einmal am Ruder sind.

Nachdem der Demokrat Müller und der Zentrumsmann Schilling ihre Etatsschmerzen von der Leber geredet hatten, sprach unser Genosse Schippa. Er bezeichnete die im vorigen Jahre vorgenommene Streichung des Bauprogramms als einen schweren Fehler. Die Streichung sei nur erfolgt, um im Herbst keinen so großen Etat zu bekommen. Gespart hat man weiter bei den unteren Beamten und Angestellten, insbesondere bei den Pflegern und Pflegerinnen in den Anstalten. Abgebaut wurde nicht von oben, sondern von unten. Redner kritisiert auch den unhaltbaren Zustand, daß der Landeshauptmann dauernd durch die Geschäfte des Reichsministeriums so in Anspruch genommen wird, daß er für die Provinz so gut wie nichts tun kann. Es hat fast den Anschein, als ob wir überhaupt keinen Landeshauptmann brauchen. Genosse Schippa bringt Material zur Sprache, aus dem hervorgeht, daß auch auf dem sozialpolitischen Gebiete nicht alles zum Besten bestellt ist und daß der Landeshauptmann sich ein wenig darum kümmern sollte. Die Kreise und Gemeinden, die „Grundfesten des Staates", um mit Oeser zu reden, haben von dem Staate nichts zu erhoffen. Der Staat ist selbst arm, weil die Besitzenden nichts bezahlen. Desto reicher ist die besitzende Gesellschaft, die jetzt noch mehr „verdient" als früher. Genosse Schippa spricht dann über die Erfüllungspolitik, Ruhraktion, über den Schwindel der Stabilisierung der Mark und über die Forderung nach Bildung einer Arbeiter-Regierung. Bei letzterer Frage zeigt der MSPD.-Mann Scholz (ehemaliger USPD.) seine ganze Weltfremdheit. Er rief Schippa zu: Ihr zerschlagt ja die Arbeiter-Regierung! Auch auf andere Zurufe der VSPDisten werden laut, so daß unser Redner sich veranlaßt sieht, mit diesen „Arbeitervertretern" abzurechnen. Er zeigt an Hand der Vorgänge in Sachen, wie die SPD.-Führer die Arbeiter-Regierung sabotiert haben. Zu Scholz gewendet, der dies nicht wissen will, meinte er: Sind Sie denn vom Monde gefallen? Sie nennen sich sozialdemokratischer Redakteur und wissen nicht, was eine Arbeiter-Regierung ist! Auch Kasparek beteiligt sich an den Zurufen. Als Schippa betonte, daß die Kommunisten mit den Sozialdemokraten eine Arbeiter-Regierung bilden würden, ruft Kasparek, sie lehnten ab, weil die Kommunisten „zu verlaust" wären. Andere SPD.-Helden waren ehrlicher und riefen, sie gingen mit den Kommunisten in keine Arbeiter-Regierung. Die Gemeinheit Kasparets veranlaßte unsere Genossen zu der Feststellung, daß die ganze SPD. längst schon bis auf den Hund verlaust sei. Diese Auseinandersetzung, hervorgerufen durch Scholz und Kasparek, ging selbst einsichtigen SPD.-Leuten wider den Strich; sie gaben ihren Unwillen den beiden Genannten gegenüber deutlich Ausdruck. Daß die SPD. mit den Kommunisten nichts gemein haben will, desto eher und mehr aber mit der Deutschen Volkspartei, geht auch aus dem Umstand hervor, daß der Kappstadt-Vertreter Cludius (D. Vp.) seelenruhig in den Bänken der MSPD.-Leute Platz nahm, um dem kommunistischen Redner zuzuhören. Die Kommunisten quittierten dieses mit dem Hinweis auf die bürgerlich-sozialistische Verbrüderung. Während der weiteren Ausführungen Schippas, in denen er verlangte, daß man, um Erfüllungspolitik betreiben zu können, die Sachwerte erfassen müsse, verließen die Bürgerlichen bis auf einige Horchposten den Saal. So etwas können und wollen sie nicht hören. Schließlich gab auch der sozialdemokratische Regierungspräsident Bergemann als Fraktionsführer seinen Genossen einen Wink, den Saal zu verlassen; er kam aber zu spät, denn Genosse Schippa war bereits am Schlusse seiner Ausführungen angelangt.

Damit war die erste Lesung des Etats beendet. Es folgte noch die Beratung von zwei unwesentlichen Angelegenheiten und die Verlesung einiger Bittschriften, die den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden.

Nächste Sitzung: Dienstag nachmittag 2 Uhr.

Der Ausnahmezustand in Bayern. Der bayrische Ausnahmezustand, der sich natürlich lediglich gegen die Kommunisten richtet und zu einem erneuten vierwöchigen Verbot der „Roten Bayern-Fahne" geführt hat, hat in der Arbeiterschaft die größte Erbitterung hervorgerufen. Aus allen Betrieben mehren sich die Kundgebungen, die gegen die Ausnahmeverordnung und gegen das Verbot unserer Presse aufs schärfste protestieren.

Aufstand in Albanien. Nach Meldungen aus Skutari sollen sich dort die katholischen Albanier gegen die Regierung von Tirana empört haben. Der Aufstand wurde jedoch unterdrückt. Eine große Anzahl von katholischen Familien hat sich jedoch auf südslawisches Gebiet in Sicherheit gebracht. Auch die mazedonischen Geheimbündler hätten ihre Tätigkeit neu aufgenommen, seien aber über die Grenze nach Griechenland hin zurückgejagt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Zunehmende Erkenntnis bei der Schupo

Der thüringische Polizeibeamtenverband hat in seiner am 27. Mai in Weimar stattgefundenen Verbandstagung mit über Zweidrittelmehrheit den Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund und den sofortigen Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund beschlossen. Eine weitere Entschließung stimmte der vom thüringischen Innenministerium geplanten Verstaatlichung der thüringischen Polizei grundsätzlich zu.

Vom Tage

Sechs Kilometer im Segelflugzeug. Beim ersten deutschen Küstensegelflug auf der Kurischen Nehrung vollführte heute früh der Ostpreuße Schulz vom Predienberge aus auf seinem Rhönflugzeug einen Streckenflug von 5 bis 6 Kilometer die Haffküste entlang bis Pillkoppen, wo er glatt landete.

Die Franzosen haben ihr Ziel erreicht. Nachdem die Besetzung der Höchster Farbwerke aufgehoben worden ist, rechnet man damit, daß in den nächsten Tagen auch die Besetzung der Badischen Anilinfabrik aufgehoben werden wird. Tatsächlich sind die französischen und elsässischen Arbeiter, die die Franzosen zur Abbeförderung der Farben eingestellt hatten, bereits abgelohnt und die Posten vor den Farblagerhäusern zurückgezogen worden.

Aus der Provinz

Werbungskosten der Kriegsbeschädigten beim Steuerabzug

Den Kriegsbeschädigten sind für die Berechnung des Steuerabzuges für 1923 außer den üblichen Werbungskostenpauschsätzen noch folgende Werbungskostenpauschsätze, auf das Jahr berechnet, zugebilligt worden:

A. Aeußerlich Verletzte.

	Auf die Zeit vom Monat Januar bis 28. Februar 1923 Mk.	Auf die Zeit vom 1. März 1923 an bis auf weiteres Mk.
1. Kriegsblinde	96 000	384 000
2. Oberschenkelamputierte u. Träger von Stützapparaten und Hülsen für das ganze Bein	48 000	192 000
3. Armamputierte u. Träger von Armapparaten	42 000	168 000
4. Unterschenkelamputierte, Unterarmamputierte u. entsprechende Apparatträger	24 000	96 000

B. Innerlich Verletzte.

1. Bei einer Erwerbsminderung von		
30—40 v. H.	24 000	96 000
41—60 v. H.	48 000	192 000
61—80 v. H.	72 000	288 000
81—100 v. H.	96 000	384 000

Mit diesen Pauschsätzen sind die aufzuwendenden besonderen Werbungskosten der Kriegsbeschädigten abgegolten.

Der Steuerabzugsbetrag ermäßigt sich um 10 v. H. der vorstehenden Sätze.

Soweit die vom 1. März 1923 an bewilligte Erhöhung bei Lohnzahlungen, die nach dem 1. März 1923 erfolgt und fällig geworden sind, nicht berücksichtigt worden ist, kann bei späteren Lohnzahlungen ein Ausgleich vorgenommen werden. In der Bemerkungsspalte der Steuermarkenblätter und der Ueberweisungsblätter ist vom Arbeitgeber in diesem Falle ein entsprechender Vermerk zu machen.

Es liegt im Interesse eines jeden, der von der Lohnsteuer betroffen wird, sich diese Bestimmungen gut aufzubewahren.

Schkeuditz. Eine Funktionärsitzung findet am Mittwoch, abends 8 Uhr, statt. Alles muß erscheinen. — Freitag, abends 8 Uhr, ist wichtige Mitgliederversammlung im „Lindenhof".

Bitterfeld. Rußland-Filme. Bei der Vorführung der beiden Rußland-Filme im Restaurant „Fürst Bismarck" konnte erfreulicherweise ein Ueberschuß von 271 505 Mk. erzielt werden, welcher dem deutschen Kinderheim in Smolinow (Sowjet-Rußland) zugeführt wird. Durch das Entgegenkommen des Herrn Hammer (Palast-Theater), der in uneigennütziger Weise die technische Leitung übernommen hatte, war dieser ansehnliche Ueberschuß möglich. Die Besorgnisse des Herrn Hauptmann Schleich waren unbegründet. Wir nehmen an, daß auch die Beamten durch diese Vorführung einen anderen Begriff von der Roten Armee erhalten haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230530-15/fragment/page=0003

DRUCKSACHEN

aller Art in ein- und mehrfarbigem Druck fertigt zu zeitgemäßen Preisen schnellstens an die

PRODUKTIV-

Genossenschaft f. d. Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14 :: Fernruf 1045, 1047, 2251

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Distriktsleitungen. Mittwoch, den 30. Mai, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Sitzung.**

Kartellfraktion sowie die Fraktionsvorstände des Verkehrsbundes und der Eisenbahner. Mittwoch, 30. Mai, abds. 8 Uhr, in der „Prod.-Genossenschaft" **äußerst wichtige Besprechung.** Restloses Erscheinen ist Pflicht.

Metallarbeiter-Fraktion. Mittwoch, 30. Mai, abds. 6 Uhr, in der „Prod.-Genossenschaft" **wichtige Sitzung.** Die äußerst wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder. Beit- u. Parteibuch ist mitzubringen.

Distriktsversammlungen. In allen Distrikten Donnerstag, den 31. Mai, abends 8 Uhr.

Halle-Saalkreis.

Büschdorf-Reideburg. Mittwoch, den 30. Mai, abends 7½ Uhr, im Gasthof „Zur Linde": **Mitgliederversammlg.**

Kreis Merseburg.

Schkeuditz. Mittwoch, den 30. Mai, abends 8 Uhr: **Funktionär-Sitzung.**

Kreis Torgau.

Annaburg. Mittwoch, den 30. Mai, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten": **Oeffentliche Volks-Versammlung.** Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Otto Kilian, Halle.

Kreis Wittenberg.

Wittenberg. Mittwoch, den 30. Mai, abends 8 Uhr, bei Freudenberg: **Sitzung der Kreisleitung.** Sämtliche Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen Piesteritz und Wittenberg haben dazu ebenfalls zu erscheinen.

Kreis Bitterfeld.

Bitterfeld. Heute, Dienstag, d. 29. Mai, abends 8 Uhr, im „Fürst Bismarck" **Wichtige Mitgliederversammlung.** Ref.: Genosse Schröter, Weißenfels.

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen, und hierzu **Drucksachen** benötigen sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Größte Auswahl, billigste Preise in hölzernen und eisernen

Bettstellen und Matratzen.

Weitgehendste Zahlungserleichterungen

Bruno Paris, Halle, jetzt Leipziger Str. 12.

Balda

die Schokolade der Feinschmecker. [illegible] Bachran & Co. [illegible] gegenüber der „Halle".

Zeitungsträger (in)

für **Brehna** zum 1. Juni gesucht. Aber nur gewissenhafte Bewerber wollen sich melden bei **Donner,** Kitzendorf bei Brehna.

Vereine

Arb.-Sänger-Chor. Jed. Mittwoch, ab. 8 U. i. „Volkspark": **Singestunde.**

Frauen- und Mädchen-Chor. Jed. Donnerstg., ab. 8 Uhr, i. „Volksp.": **Singestunde.**

Die Naturfreunde. Heim: Weidenpl. 20. Zahlabend: Freitag, v. ½8—10 Uhr. Mittwoch, 30. Mai: Vortragsabend von Wie Berend-Groß, Kassel. Abs. ½ 8 U. i. Ref.-Real-Gymnasium, Friesenstr. Nachm.: Märchenstunde für Kinder dortselbst. — Gäste willkommen. Programme a. d. Kasse. Progr. abrechnen, sowie Ordner eine Stunde früher. — Alle Musikinstrum. mitbringen. Sonnabend ½8 Uhr i. Kartellzimmer d. „Volkspark" Vierteljahresversammlung. Sonntag: Beteiligg. a. Reichs-Arbeiter-Sporttag. Alle Wanderungen fall. aus. Montag ½8 Uhr im Heim, Weidenplan: Versammlung der Musikgruppe. Alle Spiel. willkommen.

Allg. Arbeiter-Union (Rev. Betr.-Org.). Heute: Funktionärsitzung. Freitag: **Mitgl.-Versammlung.**

Arb.-Esperanto-Bund f. d. deutsche Sprachgebiet Ortsgruppe Halle. Jeden Donnerstag, in der Alten Volksschule Neue Promenade, Zimmer 7, von 7-10 Uhr: Zusammenkunft und Uebungsstunde.

Proiet. Kultur-Verein, Halle. Lokal „Mühlen-Berg". Heute, Dienstag, von 5-7 Uhr im „Mühlen-Berg" Kindergruppe [illegible] — ½8 Uhr im „Mühlen-Berg" Diskussionsabend. Donnerstag ½8 Uhr im „Mühlen-Berg" Uebungsstunde der Musik-Abteilung, um 8 Uhr d. Bühne [illegible].

Arb.-Schwimmverein, Halle a. S. [illegible] Uebungsstunden im Stadtbad Dienstags und Freitags von 8—9 Uhr für sämtl. Abteilungen. Mittwoch, 30. Mai, in der Prod.-Gen.: Vorstandssitzung. Sonnabend, 2. Juni, 7½ Uhr, i. d. „Prod.-Gen.": Mitgliederversammlung.

Arb.-Samar.-Kol. Halle Mitglied des Arb.-Samariterbundes. E. V. Jeden Dienstag **Uebungsstunde** a. d. Sandanger, bei schlechtem Wetter Charlottenschule.

D. Arb.-Abstin.-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsstelle: Zinksgartenstraße 15. Bibliothek: Bücherausgabe jed. Montagnachm. 5-6 Uhr. Heute, abends 6 Uhr Funktionärsitzung. Mittwoch, 30. Mai, abends ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Zimmer 1 a: Mitgliederversammlg. Erscheinen aller ist Pflicht. Sonnabend Fahrt nach Gernrode im Harz. Teilnehmer bis Donnerstag anmelden.

I. Hall. Mand.-Orchest. Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im Zeichensaale der alten Volksschule, Neue Promenade: Uebungsstunde.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Halle.

Kom. Kindergruppe. Heim: Rathausst. 16. Mittwoch 4 U.: Spiel a. d. Peißnitz. Bei ungünst. Witterung im „Volkspark". Abends 6 Uhr in der „Prod.-Genossenschaft": Leitersitzung. Freitag 4 Uhr in den bekannten Lokalen Gruppenversammlg. Abends 6 Uhr in der „Prod.-Gen.": Große Vorstands- und Funktionärsitzung. Rüstet z. Internation. Arbeit.-Kinderwoche.

Kom. Jugend, Halle Rathausstraße 16. Heim geöffnet von ½8—½10 Uhr. Heute, Dienstag, 7 U. Spielen auf der Peißnitz. Mittwoch, abends ½8 Uhr, im Heim: Vorstandssitzung. Donnerstag Gruppe Süd Gruppenabd. Alle Sammellisten, welche noch nicht abgerechnet sind, müssen bis spätest. Mittwoch im Heim abgeliefert werden.

Kröllwitz

Arb.-Bildungsverein, Kröllwitz Vereinslokal: Lindenhof. Gesangs-Abteilung: Mittwochs von 8 bis 10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr. Jugd.-Mann.-Abt.: Jeden Donnerstag von 8—8 Uhr.

Hiermit bestelle ich vom .... : den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

mit der tägl. Beilage: „Leben, Wissen, Kunst", d. Beilagen: „Kämpfende Jugend" und „Die kommunistische Frau"

Name: ....

Ort: .... Straße: ....

Diesen Bestellschein bitte im Kuvert als **offene Drucksache mit 20 Mk.** frankiert an uns gelangen zu lassen: **Verlag Klassenkampf, Halle, Lerchenfeldstraße 14.** — Alle Abonnementsgelder sind nur auf das Postscheckkonto Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle, einzusenden.

Postbezieher geben die Bestellung sofort bei ihrem zuständigen Postamt auf.

Deutscher Verkehrsbund

Einladung

zu den am **Donnerstag,** dem 31. Mai, **Freitag,** 1. Juni und **Sonnabend,** 2. Juni, abends ½8 Uhr, im gr. Saale

des „Volksparkes"

stattfindenden

Experimental-Unterhaltungs-Abenden

des berühmten Telepathen

Fred Harry

Wir laden Sie sowie Ihren Bekanntenkreis hiermit zu diesen interessanten Abenden herzlichst ein und hoffen auf recht zahlreichen Besuch.

Einlaßkarten sind zu haben bei Vorzeigung dieser Anzeige im Bureau des „Volksparkes", sowie an der Abendkasse.

—— **Saalöffnung ½6 Uhr.** —— 1987

Deutscher Verkehrsbund.

Volkspark.

Heute, Dienstag:

3. gr. Volkskonzert

Anfang 8 Uhr. 1984

Gold Silber-, Platin-Bruch, Brennstifte, Dublee, alte Zahngebisse

1985 kauft luxussteuerfrei!

Holland

nur Schülershof 10, am Markt.

Stadt-Theater

Mittwoch: 1988 abends 7½ Uhr: **Die Königin v. Saba.** Donnerstag: Von morgens b. mitternachts

---

Damentaschen 191

Ia. Leder, billigst nur **Schmeerstr. 19,** Lederwaren-Spezial-Geschäft.

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe 161

kauft laufend

Metall-Kontor

A. Abramowitz

Schmeerstr. 14, I.

(Kein Laden.)

Jugendschriften

empfiehlt die **Volksbuchhandlg.**

Reparaturen an 146

Uhren sowie Gold- und Silber-Gegenständ. u. Schmucksachen übernimmt bei solid. Ausführg. z. norm. Preis.

H. Lerner, Uhren-Rep.-Werkstatt, Gr. Steinstr. 85. (Ggüb. Vorstüberstr.)

Jg. Herr sucht z. mögl. bald möbl. Zimmer. Angeb. a. d. Geschäftsstelle unter Nr. 1989.

Eisleben.

Vereine

Deutsch. Baugewerksbund Baugewerkschaft Eisleben Jeden 2. Freitag i. Monat, nachm. 5 Uhr, i. „Volkshaus": **Mitgliederversammlg.**

Arbeit.-Sportvereinigung „Ludwig Jahn", Eisleben. Dienstags u. Freitags 8—10 Uhr, Sonntags 10—12 Uhr: Turnstunde. Donnerstags 8—10 Uhr: Frauenabtlg. Jed. Sonntag nach d. 15. i. „Volksh.": **Monatsversammlg.** Schwimmabteilung: Jed. Sonntag nach dem 1. i. „Bürgergarten": **Versammlg.**

Internat. Bund d. Kriegsopfer, Ortsgr. Eisleben. Jeden Donnerstag: Beratungsabend. Jeden 1. Montag nach dem Monatsersten: **Mitgliederversammlung.** 16

Arbeit.-Samarit.-Kolonne Eisleben. Jed. Sonntag vorm. Uebungsstunde im Jugendheim unter ärztlicher Leitung.

Gemischter Chor, Eisleben Dienstag u. Freitag: Singestunde. 274

Deutscher Metallarbeiter-verband, Eisleben. Zahlst.: O. Springhetti, Bäckergasse 12, II. 243

Deutsch. Bergarbeiter-verband, Eisleben. Zahlstelle i. „Volkshaus" b. Kollegen Hendrich. 245

Denkt an die „Rote Hilfe"!

Eisleber Lichtspiele.

Dienstag bis Donnerstag:

Zur Eröffnung der Wassersportsaison! Die berühmte **Weltmeisterschaftsschwimmerin Annette Kellermann** in:

Neptuns Tochter

Das Märchen von einer Meernixe, eine Filmlegende in 7 Riesenakten.

Die 5 Frankfurter

Ein Biedermeier-Film mit entzückenden Einfällen. 6 lustige Akte. 390

Bekanntmachungen.

Wohnungsluxussteuer.

Gemäß § 13 der Wohnungsluxussteuerordnung werden hierdurch die Inhaber von Wohnräumen, welche nach der Steuerordnung vom 14. August 1922 der Wohnungssteuer unterliegen, aufgefordert, eine Anmeldung zur Wohnungsluxussteuer innerhalb 2 Wochen abzugeben. Die Bestimmungen der in den hiesigen Tagesblättern vom 5. März d. J. veröffentlichten Wohnungsluxussteuerordnung sind dabei zu beachten. Anmeldevordrucke sind im Stadtsteueramt kostenlos erhältlich. Doppelstücke sind nicht kostenfrei. Wer die Anmeldung nicht rechtzeitig oder in der vorgeschriebenen Form erstattet, wird, sofern nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Mk. bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine entsprechende Haftstrafe tritt.

Eisleben, den 25. Mai 1923.

393 **Der Magistrat.**

Die Brotkartenausgabe erfolgt am Mittwoch, dem 30., und Donnerstag, dem 31. Mai 1923, in den bekannten Geschäften. Verabfolgt werden je Person Marken über 1800 Gramm wöchentlich für die Zeit vom 4. Juni bis 1. Juli 1923. Marken sind sofort nachzuprüfen. Nachforderungen werden nicht anerkannt. Bei nicht rechtzeitiger Abholung sind die festgesetzten Gebühren zu zahlen. Die Verabfolgung der Brotkarten erfolgt nur gegen Vorlegung der neuen Lebensmittelausweise.

Eisleben, den 26. Mai 1923.

391 **Der Magistrat.**

Der 5. Nachtrag zu dem Tarif zur Erhebung des Stättegeldes von den in der Stadt Eisleben stattfindenden Märkten hängt im Bekanntmachungskasten vor dem Rathause zur Einsichtnahme aus.

Eisleben, den 22. Mai 1923.

392 **Der Magistrat.**

Kirschen-Verkauf.

Der diesjährige Kirschenanhang der **Gemeinde Lettin** soll **Donnerstag, den 31. Mai,** nachm. 6 Uhr, im **Gasthofe zur Erholung zu Lettin** öffentlich meistbietend verkauft werden.

Verpachtungsbedingungen werden im Termin bekannt gegeben. *282

Lettin, den 28. Mai 1923.

Der Gemeindevorsteher.

Futterrüben

hat abzugeben *281

Paul Otto,

Königstr. 70. Tel. 6897.

Wittenberg.

Lichtspiel-Theater.

Das erstklassige Programm für Dienstag bis Donnerstag:

Fatty als Brandstifter.

Lustspiel in 2 Akten mit **Fatty,** dem besten Komiker der Welt. 528

Die Tragödie im Hause Bang.

Erstklassiges Schauspiel in 6 Akten v. Ernst Hofmann mit **Carola Toelle, Evi Eva, Bildt, Ruhbeck.**

Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Personen unter 18 Jahren, auch in Begleitung Erwachsener, haben keinen Zutritt.

Lichtspiele Piesteritz.

Programm f. Dienstag bis Donnerstag:

Der echte wirkliche Wild-West-Film

Unter den Flinten der Cowboys.

5 Akte aus dem Farmerleben Südamerikas.

Ein Volksstück aus dem Leben, nach dem bekannten Theaterstück 529

Mein Leopold

in 4 Akten mit **Leo Peukert** und **Hans Dreher** in den Hauptrollen.

Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Kammer-Lichtspiele.

Dienstag bis Donnerstag geschlossen.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Ortsgr. Wittenberg. Jeden Mittwoch nach d. 15. d. Mts., abends 7 Uhr, bei Freudenberg: 317 **Mitglieder-Versammlung.**

Allg. Sängerchor. Kleinwittenberg-Piesteritz. 320 Freitag, abds. 7 Uhr: **Singestunde** im „Volksheim."

Mandolinen-Verein „Askana", 318 Kleinwittenbg.-Piesteritz. Jeden Freitag im „Schützenhaus": **Uebungsstunde**

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Ortsgruppe 325 Kleinwittenbg.-Piesteritz. Jeden Donnerstag n. d. 15. abds. 6 Uhr, im „Elbhafen": **Mitgl.-Versammlung.**

Mieterschutzverein, Piesteritz-Kleinwittenbg. Jeden Mittwoch, abend 7—8 Uhr, bei Gen. Barth, Piesteritz, Coswigerstr. 17: **Beratungsstunde.** Jeden 1. Donnerstag im Monat: 322 **Mitgliederversammlg.** im „Volksheim".

Arb.-Samarit.-Kol., Piesteritz. Jeden Dienstag abd. 7½ Uhr: 321 **Uebungsstunde** im „Volksheim." **Fernruf für Krankenwagen Nr. 343.**

Bekanntmachung.

Infolge der am 16. d. M. eingetretenen ganz beträchtlichen Kohlenpreiserhöhung mußten die Strompreise, da sich die Kohlenpreiserhöhung auf diese sofort auswirkt, gegenüber dem Vormonat erhöht werden.

Die Gaspreise haben wir für diesen Monat noch nicht erhöht, im nächsten Monat dagegen tritt zur Kohlenpreiserhöhung noch eine beträchtliche Frachterhöhung, so daß mit einer weiteren Preiserhöhung gerechnet werden muß.

Wir setzen die Preise für Gas und Strom für den Verbrauch zwischen der am Anfang dieses Monats erfolgten und der Anfang nächsten Monats beginnenden Zählerablesung wie folgt fest:

1 Licht-Kwst. . .	1200 Mark
1 Kraft-Kwst. . .	1100 Mark
1 cbm Gas . . .	750 Mark

Wittenberg, 28. Mai 1923.

Licht- u. Kraftwerke G. m. b. H., Wittenberg

Vereine.

Allg. Sängerchor, Wittenberg. Montag 7 Uhr: 319 **Singestunde** d. Frauenabteilung. Donnerstag 7 Uhr: **Singestunde** d. Männerabteilung.

Arbeit.-Turn- u. Sportverein, Wittenberg. Jed. Dienstag, nach d. 15. i. Freudenbergs 323 Lokal: **Mitgliederversammlg.**

Annaburg.

Arb.-Gesangverein „Konkordia" 324 Dienstag: Männerchor. Mittwoch: Frauenchor. **Singestunde**

Infolge der ganz ungeheuren Steigerung aller Einkaufspreise

ist auch eine teilweise Erhöhung der Verkaufspreise für **viele Artikel** unumgänglich; ich verkaufe zu meinen heutigen Preisen noch bis Ende dieser Woche weiter und empfehle meiner Kundschaft, von dieser günstigen Kaufgelegenheit recht reichlichen Gebrauch zu machen. 530

Farben-Thiele

Spezialgeschäft — Jüdenstraße 4.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230530-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle den 30. Mai 1923.

Schwarzweißroter Mummenschanz?

So überschreibt das hallische „Volksblatt“ seinen Bericht über den **Denkmalsrummel der 75er.** Es erscheint uns aber doch nicht so, als **sei der immer frecher werdende Aufmarsch der Reaktion nur ein Mummenschanz.** Es wäre unserer Meinung nach wohl angebrachter, **der Arbeiterschaft mit der stärksten Deutlichkeit die Gefahr der Stunde zu zeichnen, um sie gerüstet zu halten, als in den Schlaf zu lullen.**

Wir werden nicht ruhen und rasten, bis das Reich wieder Krone und Kaiser bekommt.

Das ist und war auch am Sonntag das Leitmotto dieser Ehrhardtschen Mordgesellen. Erinnern wir uns der Toten der Revolution **und wir haben den Beweis** für die Aufrichtigkeit jenes Schwures. **Und angesichts** dieser Tatsache solle man nicht vorbeisehen an Dingen, **die zu** ernst sind, um sie einfach ad akta zu legen. Denn das „Volksblatt“ schreibt selbst:

Die „Denkmalsweihe“ war zu einer Parade, einem militärischen Aufmarsch der Reaktion geworden. Unter dem Schutz der Polizei marschierten 18 militärisch formierte, feldgrau und mit Stahlhelmen ausgerüstete Hundertschaften des Stahlhelms im Zuge. Offiziere führten die einzelnen Hundertschaften. Der Werwolf hatte 7 Hundertschaften aufmarschieren lassen.

Gegen die Bildung von proletarischen Abwehrhundertschaften will man Polizei einschreiten lassen! Warum ließ man hier in diesem Falle 25 schon gebildete, einexerzierte, uniformierte und durchweg mit Knüppeln bewaffnete Stahlhelm- und Werwolfshundertschaften durch die Straßen ziehen?

Der schwarzweißrote Demonstrationszug ist zweimal über den belebten Riebeckplatz gezogen. **Bei Demonstrationen der Arbeiterschaft wird das Ueberschreiten des Riebeckplatzes wegen „drohender Verkehrsstörung“ mit allerlei Ausflüchten verhindert. Warum mißt man hier mit zweierlei Maß?**

Erwähnt sei noch, daß hinter den schwarzweißroten Hakenkreuzfahnen und Ehrhardtliedern nicht nur uniformierte Reaktionäre aus dem Bürgertum, sondern auch einzelne **Schupo- und Reichswehrangehörige** in voller Dienstuniform einherzogen.

Nach dieser Feststellung ist es um so merkwürdiger, von „Mummenschanz“ zu schreiben, wo tatsächlich die Gefahr für die Arbeiterschaft handgreiflich geworden ist. Gut ist es ja, daß auch im „Volksblatt“ die Einsicht Platz greift, daß das Verbot der proletarischen Abwehrhundertschaften durch den „Genossen“ Severing arg in den Kreisen ehrlicher Sozialdemokraten verschnupft hat. Und wenn der Herr Unger von der Schupo an der Ehrentafel der Mordliga sitzen durfte, vielleicht gar im Auftrag seiner vorgesetzten Behörde, wenn eine republikanische Reichswehrkapelle vor den Mörderfahnen der Ehrhardtleute den Präsentiermarsch spielen durfte, dann ist es bedenklich genug, noch immer von Mummenschanz zu reden. Auch im „Volksblatt“ scheint es so langsam zu dämmern, das „Volksblatt“ scheint einzusehen, daß die sozialdemokratischen Regierungs- und Polizeipräsidenten alles andere als Arbeitervertreter sind. Jedenfalls sind die Feststellungen des „Volksblattes“ eine ziemliche deutliche Aufmunterung des Herrn Runge. Die „Hallesche Zeitung“, die ganz verzückt über das Werk der Helden ist, schreibt:

Es gibt in Halle auch noch jenen Geist, der diese **Farben schuf** und schützte, schützte nahezu ein halbes Jahrhundert **lang. Bis** dann jener unheilvolle Novembertag das Schwarzweiß, **das Sinnbild** des alten Preußengeistes, mit List und Gewalt **aus unserer** während des Weltkrieges von Sieg zu Sieg geführten **Fahne strich** und nur das Rot übrig ließ oder nur übrig lassen **wollte. Denn** gottlob sind inzwischen schon weite Kreise **unseres Volkes zur** nationalen Selbstbesinnung zurückgekehrt.

Um aber noch Dumme zu ködern, um dem **konterrevolutionären Aufmarsch** ein „unpolitisches“ Gepräge zu geben, schreibt die **„H.Z.“:**

Als eine Taktlosigkeit wurde es empfunden, **daß seitens der** DVP., wie bereits in der Weihe des 36er-Denkmals, ein **Kranz** niedergelegt wurde. Bei einer derartig politisch neutralen Veranstaltung soll eine politische Partei nicht hervortreten!

Das ist jedoch nichts weiter als Heuchelei, **auf die, und das glauben** wir mit Befriedigung feststellen zu **können, kein Mensch mehr** hineinfällt. Die Arbeiterschaft, auch die **sozialdemokratische, wird** schon die Lehre aus dem Denkmalsrummel ziehen müssen, daß es kein Mummenschanz ist, sondern die systematische Aufrichtung der Diktatur der Mörder. Die Gefahr ist groß und ernst. Sie kann gebannt werden, aber nur durch den Abwehrkampf der gesamten Arbeiterschaft. Diesen Abwehrkampf zu organisieren, sollte auch Aufgabe der Sozialdemokraten sein, denn auch ihre Position wird nach dem Siege der Reaktion zerstört und vernichtet.

Soll ein neuer Schlag gegen die Kommunisten in der AOK. vorbereitet werden?

Am 26. Mai, nachmittags 3 Uhr, wurde durch Zufall beobachtet, daß die Spitzelmateriallieferanten Liesegang, Domsch und Wiedenbeck zu neuen Unternehmungen sich in der Wohnung des Verwaltungsdirektors Riemer versammeln wollten. Als die Betreffenden sich ertappt sahen, stoben sie wie Strauchdiebe auseinander und die Auch-Betriebsräte Liesegang und Domsch stellten sich dann an verschiedenen Straßenecken auf, um in einem günstigen Augenblick unbemerkt einschlüpfen zu können. Liesegang scheint in dieser Beziehung überhaupt ein Pechvogel zu sein; zu Zeiten Thiers traf er bei Morgenpromenaden dauernd „zufällig“ mit ersterem zusammen, jetzt trifft er dauernd „zufällig“ mit Herrn Riemer zusammen; augenblicklich verwechselt er seine Wohnungstür, Burgstraße 61, mit der des Direktors Riemer, Grasweg 1.

Gehirnverkalkung in der Redaktion der Stinneszeitung

Wer die alten, vom vielen Katzbuckeln vor den großen Herren krumm gewordenen Zeilenschinder der „Allgemeinen Zeitung“ kennt, wird manches begreiflich finden, was an Unsinn und Lüge oft in dieser Stinnes-Zeitung zu lesen ist. Es ist darum nicht gerade ein großes Ereignis, den Arbeitern wieder einmal eine Kostprobe von dem Inhalt des Blättchens zu geben, dennoch wird es interessant genug sein, den Arbeitern im Betriebe die „Wahrheitsliebe“ und „Objektivität“ der bürgerlichen Presse zu beweisen. Anschließend an einen Sermon vom sonntäglichen Massenverkehr anläßlich des Denkmalrummels und des Jungferntreffens, schreibt die „Allgemeine Zeitung“ folgendes:

Auch eine „Volkspark“-Versammlung gab es gestern selbstredend; ohne Kommunisten kein Halle. Die KPD. hielt es für angebracht, gestern die „Internationale“ zu beweihräuchern und vor der unglaublichen Geschmacklosigkeit nicht zurückzuschrecken, im „Volkspark“ gestern, an demselben Tage, an dem die Zeitungen die Erschießung des Deutschen Schlageter melden müssen, im „Volkspark“ einen Belgier und einen Franzosen sprechen zu lassen!

Dem Zeilenreißer des Stinnes-Blättchens ist es gar nicht eingefallen, daran zu denken, daß die KPD. gar keine Versammlung hatte, sondern daß es die SPD. war, die die neue „Internationale“ „beweihräucherte“. Auch sprach kein Franzose und Belgier, sondern **ein** Tschechoslowake, ein Jugoslawe und ein Schweizer, mit deren Kapitalisten Herr Stinnes doch augenblicklich ungeheure Geschäfte **macht. Doch wie gesagt:**

Den Leuten dort ist nichts zu dumm,
sie finden doch ihr Publikum!

Das Mieterschutzgesetz

Von Emil Eichhorn, M. d. R.

III.

Der Ersatzraum

Wenn der Mieterschutz nicht inhaltlose Phrase sein soll, muß der Mieter mindestens insofern geschützt sein, daß er nicht obdachlos auf die Straße geworfen werden kann, — ein Schutz, der doppelt und dreifach notwendig ist in der gegenwärtigen Zeit der Wohnungsnot. An diesem Schutz läßt es aber das Mieterschutzgesetz fast völlig fehlen. § 6 bestimmt, daß nur, wenn das Mietverhältnis nach § 4, Absatz 1 — also im Interesse des Vermieters, der Anspruch auf die Wohnung eines Mieters erhob — gelöst wird, die **Zwangsvollstreckung davon abhängig zu machen ist, „daß für den Mieter ein unter Berücksichtigung seiner Wohn- und Geschäftsbedürfnisse angemessener Ersatzraum gesichert ist.“** Das Urteil muß diese Feststellung enthalten. Wenn die Aufhebung des Mietverhältnisses aus einem anderen Grunde erfolgt, so kann die Zwangsvollstreckung von der Beschaffung eines Ersatzraumes abhängig gemacht werden. Bringt schon die letztere Vorschrift die Gefahr mit sich, daß der Richter selten von seiner Befugnis, die Beschaffung eines Ersatzraumes zur Bedingung zu machen, Gebrauch macht, so hat der Bürgerblock durch einen Zusatz zu § 6 auch noch eine Handhabe geschaffen, etwa günstige Urteile des Richters nachträglich unwirksam zu machen. Wenn das Urteil eine Zwangsvollstreckung nur nach Beschaffung eines Ersatzraumes zuläßt, soll der Vermieter die **Aufhebung dieses Teils des Urteils,** also die **sofortige Wohnungsräumung** verlangen können, wenn „nach der Rechtskraft des Urteils Tatsachen eintreten, welche die Aufhebung des Mietverhältnisses nach den §§ 2, 3 rechtfertigen würden.“

Das bedeutet, daß bei Aufhebung des Mietverhältnisses wegen Mietrückständen und „Belästigungen“ des Hausbesitzers ein Ersatzraum für den hinausgeworfenen Mieter in der Regel nicht beschafft werden soll.

Die kommunistische Fraktion beantragte, die **Beschaffung eines Ersatzraumes unter allen Umständen und in allen Fällen zur Vorbedingung der Aufhebung eines Mietverhältnisses zu machen.** Der Antrag wurde vom Bürgerblock entsprechend seiner ganzen Haltung zum Mieterschutzgesetz abgelehnt.

Wenn dem Mieter, dem seine bisherige Wohnung durch Urteil entzogen wurde, ein **Ersatzraum zugesprochen ist,** ist die Zwangsvollstreckung erst zulässig, wenn durch eine **Bescheinigung der Gemeindebehörde** nachgewiesen ist, daß ein Ersatzraum für den Mieter gesichert ist und daß der **Mieter** sich mit dem **Ersatzraum einverstanden** erklärt hat, oder die Einwendungen des Mieters gegen den Ersatzraum durch Entscheidung des Mieteinigungsamtes für unbegründet erklärt worden sind. (§ 13).

Die Fortsetzung des Mietverhältnisses beim Todesfall

Im Falle des Todes eines Mieters schreibt das Bürgerliche Gesetzbuch (in § 569) vor: „Stirbt der Mieter, so ist sowohl der Erbe als der Vermieter berechtigt, das Mietverhältnis unter Einhaltung der gesetzlichen Frist zu kündigen“. An diesem Recht will das Mieterschutzgesetz (§ 16) nichts ändern. Der Hauswirt soll jedoch dann **nicht kündigen** können, wenn **der Erbe der Ehegatte** des Mieters oder ein **volljähriger Verwandter** bis zum zweiten Grade (Kinder, Eltern, Geschwister) ist, **und beim Tode des Mieters zu dessen Hausstand gehört hat.** Ist der Erbe des Mieters nicht ein Familienangehöriger, so kann der Vermieter von Familienangehörigen, die beim Tode des Mieters zu dessen Hausstand gehörten, die Herausgabe des Mietraumes nur nach den für die Aufhebung eines Mietverhältnisses geltenden Vorschriften (§§ 2, 3, 4) verlangen.

Diese Bestimmungen enthalten eine Lücke, es ist nur von „Familienangehörigen“ und „Erben“ die Rede, es gibt aber auch Hausgemeinschaften, die nicht unter diesen Begriff zu bringen sind. In nicht wenigen Fällen haben Frauen ihre ganze Existenz auf das Zusammenleben mit einem Mann eingestellt (Wirtschafterinnen usw.) oder auch umgekehrt hat ein Mann sein häusliches Leben an eine Frau gebunden, ohne daß eine Ehe in Frage kommt oder daß der überlebende Teil als Erbe bestellt ist. Es wäre ein schweres Unrecht, in solchen Fällen den überlebenden Teil aus der Wohnung zu jagen. Die kommunistische Fraktion stellte deshalb zu § 16 folgenden Antrag:

„Die Kündigung ist ferner ausgeschlossen gegenüber Personen, die mit dem Verstorbenen in dauernder Hausgemeinschaft gelebt haben, sofern diese Personen dem Vermieter erklären, **in das Mietverhältnis des Verstorbenen eintreten zu wollen.“**

Der Antrag wurde von dem geschlossenen Bürgerblock ebenso **abgelehnt wie alle anderen kommunistischen Anträge.**

Untermiete

Die bisher besprochenen Vorschriften finden **auch** auf **Untermietverhältnisse Anwendung.** Dem Untervermieter **wird** jedoch noch zugestanden, daß er die Aufhebung des Mietverhältnisses schon verlangen kann, wenn er ein „begründetes Interesse“ an der Erlangung des Raumes hat, **insbesondere,** wenn er diesen **für sich** selbst, oder wenn er einen Teil des Raumes zur **Herstellung eines selbständigen Wohnraumes gebraucht.** Diese Einschränkung des Rechts der Untermieter soll nicht gelten, wenn dieser in dem Mietraum eine **eigene Wirtschaft** oder **Haushaltung** führt. Wenn der Hausbesitzer die Erlaubnis zum Untermieten verweigert, kann sie vom Mieteinigungsamt erteilt werden. Das Mieteinigungsamt soll die Erlaubnis versagen, wenn der Hauswirt sie aus einem „wichtigen Grund“ verweigert hat.

Werkwohnungen

An dem Unfug, daß das Mietverhältnis in den sogenannten Arbeiterwohnungen (Werkwohnungen) bei industriellen oder landwirtschaftlichen Betrieben mit dem Arbeitsverhältnis selbst aufs engste verkuppelt ist, ändert das Mieterschutzgesetz leider nichts. § 17 sagt zwar im ersten Satz, daß ein mit Rücksicht auf ein zwischen den Vertragsteilen bestehendes Dienst- oder Arbeitsverhältnis vermieteter Raum **auch über die Dauer des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses hinaus** als Mietraum im Sinne des Mieterschutzgesetzes gelten soll. Der nächste Satz hebt indessen diese vernünftige Vorschrift sofort wieder auf. Dieser zweite Satz lautet:

„Dies gilt nicht, **wenn der Mieter durch sein Verhalten** dem Vermieter gesetzlich begründeten **Anlaß zur Auflösung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gegeben hatte** oder wenn der **Mieter das Verhältnis aufgelöst hat,** ohne daß ihm vom Vermieter ein solcher **Anlaß** gegeben war.“

Diese Verschlechterung ist wieder auf Antrag des Bürgerblockes in das Gesetz gekommen. Der Mieterschutz soll eben im Interesse der Unternehmer für Arbeiterwohnungen ausgeschaltet werden. Es liegt auf der Hand, daß jeder Unternehmer behaupten wird, der Arbeiter habe begründeten Anlaß zur Aufhebung des Arbeitsverhältnisses gegeben. — Der Mieterschutz ist ganz ausgeschlossen, wenn der Arbeiter — vielleicht weil ihm an anderer Stelle höherer Lohn oder sonstige Verbesserung seiner Lage in Aussicht steht — freiwillig die Arbeit aufgibt.

Um den Schein der Unparteilichkeit zu wahren, heißt es im § 17 noch

„Gewerkschaftliche Betätigung, insbesondere eine Beteiligung an Gesamtstreitigkeiten über Lohn oder Arbeitsbedingungen, rechtfertigen für sich allein die Aufhebung des Mietverhältnisses nicht.“

Aber dieser Vorbehalt hat wenig Bedeutung, um so weniger, als auf Antrag der Deutschnationalen noch die Worte: „für sich allein“ hineingesetzt wurden, so daß es dem Unternehmer möglich ist, einen ihm durch seine Gewerkschaftstätigkeit unbequem gewordenen Mann aus anderen Gründen aus seiner Wohnung zu entfernen. Außerdem sind auf Antrag des Bürgerblocks noch einige Paragraphen in das Gesetz gekommen, nach denen der Mieter einer Arbeiterwohnung schon ohne weiteres aus der Wohnung entfernt werden kann, wenn das Arbeitsverhältnis aufgelöst ist und **der Unternehmer die Wohnung für andere Arbeiter** oder für seinen **Betrieb gebraucht.** An Stelle eines Ersatzraumes für den Mieter soll der Unternehmer eine Geldentschädigung zahlen, aber nur dann, wenn die Versagung dieser Entschädigung eine „unbillige Härte“ darstellen würde.

„Volksblatt“-Demagogie

Von dem Niederschlag der von der Hamburger Konferenz ausgegangenen „konzentrischen Begeisterungswellen über ganz Deutschland“ sollte auch die hallische Arbeiterschaft in einer internationalen sozialistischen Kundgebung etwas erhalten. Ueber diese Kundgebung schreibt das „Volksblatt“ nur von einer erhebenden Feierstunde und gibt keine Besucherzahl an. Unser Berichterstatter wußte von vornherein, daß das „Volksblatt“ kein Interesse an der zahlenmäßigen Bekanntgabe der Teilnehmer hatte und holte das nach. Für die Angabe der Zahl wird er durch eine „Volksblatt-Notiz“ mit Klassenkampf-„Schwindel“ belohnt. Nun, vielleicht ist jeder der „Volksblatt“-Leser wieder einmal im „Volkspark“ und zählt dort die Zahl der Stühle, die am Sonntag ungefähr besetzt waren. Wir brauchen das Ergebnis nicht zu fürchten. Da das „Volksblatt“ schreibt, daß seine Leser zum größten Teil der Kundgebung beiwohnten, hat es der Oeffentlichkeit einen interessanten Aufschluß über seinen riesigen Abonnentenstand gegeben.

* **Quartiere benötigt!** Für die Sonnabend und Sonntag am Frauenkursus teilnehmenden Genossinnen werden **Quartiere** benötigt. Die hallische Arbeiterschaft wird gebeten, etwaige **Quartiermeldungen** bei der Bezirksleitung einzureichen.

* **Kommunistische Jugend.** Heute, Mittwoch, ½8 Uhr, im Heim Zentral-Vorstandssitzung. Die außerordentliche Situation erfordert, daß alles vollzählig zur Stelle ist.

* **Die schwarzweißroten Geschäftsleute.** Die Monarchisten hatten am Sonntag alle Anstrengungen getroffen, um Halle ein altes, wilhelminisches Aussehen zu geben. Neben den öffentlichen Aufforderungen in den Zeitungen, schwarzweißrot zu flaggen, hatte die Firma Wollmer, Gr. Ulrichstraße, ein Zirkular bei den Geschäftsleuten herumgehen lassen, in dem diese zum Flaggen am Sonntag aufgefordert werden. Sollte nicht der Geschäftsführer Erstmann der Vater dieses Gedankens gewesen sein? Die Geschäftsleute haben den Reaktionären die richtige Antwort erteilt. Nur ein verschwindend kleiner Teil kam der Aufforderung nach. Wir sind aber der Meinung, daß die Firma Wollmer durch dieses Zirkular zum Ausdruck bringen wollte, daß sie nur Wert auf schwarzweißrote Kundschaft legt und auf Arbeiter-Kundschaft verzichtet.

* **Arbeiter-Bildungsausschuß.** Zu der am Sonntag, dem 3. Juni, stattfindenden Vorstellung „Die Königin von Saba“ sind noch Karten zu 2200, 1600, 1200 und 900 Mk. zu haben. Wir bitten, Bestellungen umgehend an Genossen Kutzschbauch, Gr. Klausstraße 7, zu richten.

* **Volkspark.** Gestern fand das dritte Volkskonzert erstmalig in unserem Garten statt. Der rege Besuch und die neuen Bestellungen der Abonnenten lassen erkennen, daß immer weitere Kreise sich dem Genuß der Abendkonzerte widmen. Genossen, unterstützt weiter die Kulturarbeit des Arbeiter-Bildungsausschusses. Neue Bestellungen der Abonnenten werden noch im Bureau des „Volkspark“, sowie an der Abendkasse entgegengenommen.

Zscherben. Ein Kind von der Eisenbahn überfahren. **Am Montagabend nach 6 Uhr wurde die zweijährige Tochter des** Bauarbeiters Bindernagel von einem nach Eisleben fahrenden Güterzug am Bahnübergang Zscherben überfahren und war nach kurzer Zeit tot. Die Sperre ist von abends 6 Uhr bis morgens 6 Uhr gesperrt, aber an der Sperre ist kein Gitter angebracht, so daß jedes kleine Kind durchlaufen kann. Wir fordern die Behörden auf, sofort Abhilfe zu schaffen. Die Schuld an diesem Unglücksfall hat einzig und allein nur die Bahnbehörde.

Oppin. Ein glänzender Reinfall. Am 25. Mai sollte hier in unserem Orte ein Vortrag von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur stattfinden. Die Herren, denen die deutsche Kultur besonders am Herzen liegt, glaubten, einen überfüllten Saal zu finden. Für einen guten Besuch wollte besonders der Herr Rittergutsverwalter Schwedler sorgen, indem er auf dem Wege nach dem Gasthofe die Landarbeiterinnen aufforderte, auf dem schnellsten Wege in die Versammlung zu gehen. Aber die Herren von der Liga hatten sich schwer getäuscht in der Oppiner Arbeiterschaft. Anstatt einen überfüllten Saal, fanden sie nur leere Stühle, so daß die Herren sich sagten: „Es ist einfach haarsträubend, wo doch alles gut vorbereitet war.“ Den Herrn Wachtmeister hatten die Herren von der Liga zum Saalschutz kommandiert. Als Versammlungsbesucher waren nur erschienen der Rittergutsinspektor mit seinem Stabe, zu welchem sich auch der Ortsgruppenvorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes zählte, so daß der Referent es nicht nötig hatte, seinen Vortrag abzuhalten, und mit hängendem Kopf zog der Inspektor wieder ab. Der Referent zog es vor, lieber bis früh ¼4 Uhr mit einem reaktionären Kleinbauer zu zechen, als sich um den „Schutz der Deutschen Kultur“ zu kümmern. Arbeiter und Arbeiterinnen von Oppin, laßt Euch nicht von dieser Gesellschaft ködern, denn hinter dieser Gesellschaft verbirgt sich der Faszismus, und sollten es die Herren noch einmal mit einem Vortrag versuchen, dann handelt genau wieder so.

Arbeiter-Sport

HFC. „Sportlust 07“. Resultate: 1. — Askania 1. 0:3; 2. — Askania ... 1; 3. — Askania 3. 1:0. Freitag abend ½7 Uhr treffen sich auf dem Sandanger Sportlust 1. — Minerva 1. Da beide Mannschaften sich in guter Form befinden, ist ein interessanter Kampf zu erwarten. Treffpunkt ½6 Uhr Eisbörse. Anschließend bei Thomas Versammlung. Anläßlich des am 3. Juni stattfindenden Reichsarbeitersporttages haben alle Mitglieder zu erscheinen. Sonntag 10.15 Uhr vormittags treffen sich alle Aktiven in Sportkleidung; außerdem wird restlose Beteiligung aller Passiven und Vereinsanhänger zum Umzug verlangt. Treffpunkt bei Thomas.

Dölau 21. Die erste Mannschaft schlug VfB. Trotha-Süd 1. mit 2:1, während die 2. Mannschaft Trotha 2. mit 5:2 unterlag.

HFC. „Viktoria 08“. Spiel vom Sonnabend, dem 26. Mai: „Viktoria“ 1. — T. u. Sp.-V. Nürnberg 1. 0:2 (0:1). Sonntag, den 27. Mai: „Viktoria“ 1. — Fortuna Dölau 1. 4:1. „Viktoria 3. — VfB. Lettin 3. 0:1. „Viktoria“ 1. Jgd. schlug in Delitzsch den dortigen noch nicht geschlagenen Jugendmeister mit 2:0 (1:0).

Die Städtemannschaft spielt am Sonntag, den 3. Juni zum Reichs-Arbeiter-Sporttag auf dem Stadion gegen die Bezirksmannschaft. Die Spieler haben sich alle am Umzuge zu beteiligen und spätestens um 5 Uhr auf dem Stadion anwesend zu sein. Bezirksmannschaft hat schwarze Hose mitzubringen. Alles hat püntlich zu erscheinen.

Der Technische Ausschuß. Koch.

Verantwortlich: Konrad Finkelmeier für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230530-15/fragment/page=0005
DFG

Leben · Wissen · Kunst

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

73] Von Charles de Coster

„Ich verzeihe Euch", sagte Ulenspiegel wohlwollend.

„So nehmet denn diesen Heller, genehmigt diesen Gülden, gestattet uns, Eurer Gradheit diesen Real zu geben, Euch diesen Crusado darzubieten, diese Karolus in Eure Hände zu legen . . ."

„Verberget Eure Karolus wohl", flüsterte Ulenspiegel ihnen zu, „auf daß Eure linke Hand nicht wisse, was die rechte tut."

Also redete er wegen des Dechanten, der die Münzen der Buckligen mit den Augen verschlang, ohne zu sehen, ob es güldene oder silberne waren.

„Gnade sei mit Euch, Geweihter des Herrn", sagten die Buckligen zu Ulenspiegel.

Und er nahm stolz ihre Gaben an, wie einer, an dem ein Wunder geschehen.

Aber die Geizigen rieben ihre Buckel am Grabstein, ohne etwas zu sagen.

Am Abend ging Ulenspiegel in eine Schenke, allwo er schwelgte und zechte.

Ehe er sich ins Bett legte, gedachte er, daß der Dechant gewiß seinen Teil an der Beute heischen würde, wenn nicht alles. Er zählte seinen Gewinnst und fand mehr Gold als Silber, sintemalen es gut dreihundert Karolus waren. Er erblickte einen dürren Lorbeerbaum in einem Topf, packte ihn beim Schopf, zog Pflanze und Erde heraus und legte das Gold darunter. Alle halben Gülden, Heller und Taler aber breitete er auf dem Tisch aus.

Der Dechant trat in die Schenke und ging zu Ulenspiegel. Da dieser ihn erblickte, sagte er:

„Herr Dechant, was wollt Ihr von meiner armseligen Person?"

„Ich will nur Dein Bestes, mein Sohn", antwortete jener.

„Wehe", seufzte Ulenspiegel, „ist es das, was Ihr auf dem Tisch sehet?"

„Das ist es", versetzte der Dechant.

Alsdann streckte er die Hand aus, strich alles Geld von dem Tische und ließ es in einen dazu bestimmten Sack fallen.

Und er gab Ulenspiegel, der zum Schein klagte, einen Gülden.

Und er fragte ihn nach den Werkzeugen des Wunders.

Ulenspiegel zeigte ihm die Schollengräte und die Blase.

Der Dechant nahm sie an sich, indes Ulenspiegel jammerte und ihn anflehte, ihm mehr zu geben, denn der Weg von Bouillon nach Damme sei für ihn armen Wanderer weit, und er würde gewißlich Hungers sterben.

Der Dechant ging von dannen, ohne ein Wort zu sagen.

Als Ulenspiegel allein war, entschlief er mit dem Blick auf den Lorbeerbaum. Am anderen Morgen bei Tagesanbruch raffte er seine Beute zusammen, verließ Bouillon und ging in das Lager des Schweigers. Er übergab ihm das Geld, erzählte die Sache und sagte, daß dies die wahre Art sei, vom Feinde Kriegskontribution einzutreiben.

Und der Prinz gab ihm zehn Gülden.

Die Schollengräte aber ward in einen kristallenen Reliquienschrein gelegt und zwischen die Arme des Kreuzes am Hochaltar von Bouillon eingelassen. Und jedermann in der Stadt weiß, daß das in das Kreuz Eingeschlossene der Buckel des geheilten Lästerers ist.

11

Da der Schweiger in der Umgegend von Lüttich war, machte er Kreuz- und Quermärsche, bevor er die Maas überschritt, und führte so des Herzogs Wachsamkeit irre.

Ulenspiegel tat seine Soldatenpflicht, handhabte trefflich die Radschloßbüchse und hielt Augen und Ohren offen.

Um jene Zeit kamen vlämische und brabanter Edelleute ins Lager, so mit den Edlen, Obristen und Hauptleuten vom Gefolge des Schweigers lustig lebten.

Bald aber bildeten sich zwei Parteien im Lager, die immerfort miteinander haderten. Die einen sagten: „Der Prinz ist ein Verräter." Die andern erwiderten, die Ankläger hätten gelogen und sie würden ihnen die Lüge in die Kehle zurückstoßen. Das Mißtrauen wuchs wie ein Oelfleck. In Rotten von sechs, acht, zwölf Mann wurden sie handgemein und bekämpften sich mit jeder Art von Waffen, selbst mit Büchsen.

Eines Tages kam der Prinz auf den Lärm hinzu und trat zwischen beide Parteien. Eine Kugel riß ihm den Degen von der Seite. Er gebot dem Kampfe Einhalt und zeigte sich im ganzen Lager, damit man nicht sagen sollte: „Der Schweiger ist tot, tot ist der Krieg."

Am folgenden Tag um Mitternacht wollte Ulenspiegel bei Nebelwetter ein Haus verlassen, darinnen er einem wallonischen Mägdlein ein vlämisches Liebeslied gesungen hatte. Da hörte er an der Tür einer Hütte neben dem Hause zu Dreien Malen Rabengeträchz. Anderes Geträchz antwortete von ferne, dreifach und dreimal nacheinander. Ein Bauer trat auf die Schwelle der Hütte. Ulenspiegel hörte Schritte auf dem Wege.

Zwei Männer, so hispanisch sprachen, kamen zu dem Bauern, der in der nämlichen Sprache zu ihnen sagte:

„Was habt Ihr getan?"

„Gutes Werk", sagten sie, „indem wir für den König logen. Dank uns sprechen die mißtrauischen Hauptleute und Soldaten untereinander:

„Aus schnödem Ehrgeiz widersteht der Prinz dem König. Solchergestalt rechnet er, ihm Furcht einzuflößen und Städte und Herrschaften als Friedenspfand zu empfangen. Um fünfhunderttausend Gülden wird er die tapferen Edeln, so für die Lande kämpfen, verlassen. Der Herzog hat ihm völlige Amnestie anbieten lassen und ihm endlich gelobt, ihm und allen hohen Heerführern ihr Vermögen zurückzuerstatten, wenn sie ihm wieder Gehorsam erweisen. Oranien wird allein mit ihnen verhandeln."

Die Getreuen des Schweigers antworteten uns:

„Anerbieten des Herzogs, hinterlistige Falle, er wird der Herren von Egmont und von Hoorn gedenken und nicht hingehen. Sie wissen es wohl, was Kardinal Granvella in Rom gesagt hat, als die Grafen gefangengesetzt wurden: Die beiden Gründlinge fängt man, aber den Hecht läßt man leben; man hat nichts gefangen, dieweil der Schweiger noch frei lebt."

„Ist die Spaltung im Lager groß?" fragte der Bauer.

„Die Spalte ist groß, sie wird mit jedem Tag größer", sagten sie. „Wo sind die Briefe?"

Sie traten in die Hütte, allwo eine Laterne entzündet wurde. Da sah Ulenspiegel durch eine kleine Luke, wie sie die Siegel von zwei Briefen erbrachen, sich am Lesen ergötzten, Meth tranken und endlich hinausgingen, wobei sie in hispanischer Sprache zu dem Bauern sagten:

„Das Lager gespalten, Oranien gefangen. Das wird eine gute Limonade sein.*)

„Die dürfen nicht am Leben bleiben", sagte Ulenspiegel zu sich. Sie gingen durch den dichten Nebel fort. Ulenspiegel sah, daß der Bauer ihnen eine Laterne brachte, welche sie nahmen.

Da der Schein der Laterne oftmals durch eine schwarze Gestalt verdunkelt ward, so schloß er daraus, daß sie hintereinander schritten.

Er spannte seine Büchse und schoß auf die schwarze Gestalt. Alsbald sah er, daß die Laterne unterschiedliche Male gesenkt und erhoben ward, und schloß daraus, daß einer von beiden gefallen war und der andere zu Boden suchte, welcher Art seine Wunde sei. Er spannte abermals seine Büchse. Dann ging die Laterne allein, schnell und schaukelnd in der Richtung zum Lager, und er schoß zum andern Mal. Die Laterne schwankte, fiel hin, erlosch, und es ward finster.

Er lief zum Lager und sah den Proboß mit einer Menge Soldaten herauskommen, so durch die Schüsse alarmiert waren. Ulenspiegel trat auf sie zu und sprach:

„Ich bin der Jäger; gehet, das Wild aufzuheben."

„Lustiger Bläme", sagte der Proboß, „Du redest noch anders als mit der Zunge."

„Worte der Zunge sind Wind", erwiderte Ulenspiegel; „Worte aus Blei bleiben im Körper der Verräter. Aber folgt mir."

(Fortsetzung folgt.)

*) Wortspiel mit Orange und Oranien.

Ausfahrt der Bergleute

Von den Städten zieht das Dunkel.
Aus den tiefsten Fernen quillt
Erstes Sonnenlichtgefunkel,
Das um Dach und Türme schwillt.

Um die starren Mauermassen
Glüht das erste Morgenrot,
In die Wolken, die verblassen,
Rauchen qualmend Schlot um Schlot.

Von den schaffenden Gewalten
Braust der Töne dunkler Chor;
Müde schreitende Gestalten
Wachsen aus dem schwarzen Tor.

Tiefenschürfer, Alte, Junge,
Noch vom Stollengang gebückt;
Atmend weitet sich die Lunge,
Die noch Staub und Rauch bedrückt.

Reckend strecken sie die Köpfe,
Heben auf ihr Angesicht,
Menschen, fühlende Geschöpfe,
Beten sie aus Nacht zum Licht.

Die das Licht mit Dunkel büßen,
Das mit Grauen sie umlag.
Und mit wankend müden Füßen
Grüßen sie den neuen Tag.

Heinrich Lersch.

George Grosz beschlagnahmt

Im Namen des Gesetzes ist — so berichtet die „Rote Fahne" — von der Staatsanwaltschaft I Berlin die Jungfräulichkeit der auf „unzüchtige" und „geschlechtliche" Art beleidigten deutschen Bourgeoisie wieder hergestellt worden! „Erkläret mir, Graf Oerindur, dieses Wunder der Natur?" Hier, bitte:

Beschluß:

Beschluß in dem Ermittlungsverfahren gegen Malik-Verlag zu Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 76, gegen George Grosz und die Kunstanstalt Dr. Felle & Co. wegen Vergehens gegen § 184 wird die Beschlagnahme des Werkes „Ecce homo" von Georg Grosz, sowie die das genannte Werk betreffende Einladung zur Subskription angeordnet, da ein wesentlicher Teil der Abbildungen das Scham- und Sittlichkeitsgefühl des Beschauers in geschlechtlicher Beziehung verletzt, das gesamte Werk somit einen unzüchtigen Charakter hat und demgemäß der Einziehung unterliegt.

Charlottenburg, 25. April 1923.

Das Amtsgericht, Abt. 24.
gez. Seidenschnur.

Da ist also nichts zu machen! Das Amtsgericht hat gesprochen und die Herren Richter und der Staatsanwalt müssen es wissen, wie es — um uns im Gerichtsdeutsch auszudrücken — in bezug auf den unzüchtigen Charakter der Bourgeoisie beitellt ist. Die Beschlagnahme der auf einem hohen künstlerischen Niveau stehenden Mappe „Ecce homo" aber hat noch eine ernstere Seite. George Grosz ist ein politischer Zeichner und als solcher sieht er nicht nur die stinkende Fäulnis, den Zerfall der bürgerlichen Moral und Ethik", er nimmt als Klassenkämpfer, wie das besonders die Leser der Kommunistischen Presse wissen, eindeutig Stellung diesseits der Barrikaden. Der politische Zeichner Grosz vor allem soll mit der Beschlagnahme getroffen werden.

Wir machen dem Genossen Grosz einen Vorschlag zur Rache. Seine nächste Zeichnung muß der Amtsrichter Seidenschnur sein, wie er entrüstet an dem „unzüchtigen Charakter" des „Ecce homo" Anstoß nimmt! Dieser Amtsrichter Seidenschnur scheint uns der Typus der feilen Klassenjustiz unserer herrlichen Bourgeoisrepublik zu sein. Dieser Justiz in dem sittlichen Anstoß Seidenschnurs ein bildliches Denkmal zu setzen, wäre wirklich ein verdienstliches Werk, denn die Konfiskation von „Ecce homo" ist wirklich eine konterrevolutionäre Heldentat, deren Größe am besten durch die nachfolgende kurze Auswahl von Pressestimmen über das konfiszierte Werk illustriert wird:

„Berliner Börsenkurier", Nr. 601: Da liegt ein großes Buch, „Ecce homo", Malik-Verlag. Du mußt sagen, Grosz ist Germaniens grausam-grandioseser Zeichner. Wir stellen fest, dies Bilderbuch wächst ins Genialische. Kurt Pinthus.

„Das Tagebuch", 26. November 1922: Sehen Sie sich die 100 Blätter „Ecce homo" von George Grosz an. Man wird von diesen Blättern bis auf den Grund erschüttert. Ich sah, daß George Grosz der einzig lebende Deutsche ist, den man die Qualität des Genies zusprechen darf. Kein Dichter, kein Zeichner dieser Epoche liebet unter den Entartungen des Typus Mensch wie dieses infantile Genie George Grosz. Stefan Großmann.

„Morgenzeitung", Wien, Nr. 318: Dieser Zeichner ist Deutschlands Illustrator. Er ist das größte Temperament, das die deutsche Kunstgeschichte aufzuweisen hat.

„Vorwärts", 1. Dezember 1921: George Grosz ist der einzig lebende Karikaturist, dessen Werke die heutige Epoche überleben und von der Nachwelt als Zeitdenkmäler geachtet werden dürfen. Robert Breuer.

„Das Forum", Nr. 2, November 1922: Diese Welt scheint doch nicht die übelste aller Welten zu sein; bedenkt man, daß sie der deutschen Bürgerära ihren George Grosz geschickt hat, auf daß den Kommenden nicht verloren gehe, was ewigen Gedächtnisses wert ist. Die Nachwelt wird erschüttert sein beim Anblick der hundert Blätter „Ecce homo". Franz Schulz.

„Neue Berliner Zeitung" vom 8. November 1922: ... Eine Reihe des mit seinem Werk wachsenden Künstlers, die auch seine vielen Verehrer überraschen dürfte. „Ecce homo" ist ein Aufsehen erregendes Werk.

„Die Glocke", 26. Februar 1923: George Grosz' Werk ist eine revolutionäre Tat, deren Wert um so höher zu veranschlagen ist, als sie eine geistige Tat ist.

„Prager Tageblatt" vom 1. Januar 1923: Es ist kein Zweifel, Deutschland hat wieder seit langer Zeit der geistigen Ohnmacht einen großen Zeichner, George Grosz.

„Die Aktion", 13. Jahrgang, Heft 8: Das Deutschland unseres Zeitalters wird schlagend aufbewahrt im Bildwerke „Ecce homo" des George Grosz. Man kommt von diesem Buche nicht mehr los. Max Hermann Neisse.

Nochmals Polikuschka

Wir haben es wohl alle gesehen, auch darüber gelesen. Warum also nochmals? Weil Holitscher in seinem Artikel: Polikuschkas Schrei im Kino uns den Polikuschka stiehlt. Das „arme Halbtier", der Polikuschka, verliert den Brief, der sein Schicksal bedeutet. „Der Verlust ist vom Standpunkt des Dramas nicht motiviert" — „weder aus dem Charakter des Handelnden, noch aus der Handlung erwachsen." Ein bloßer Zufall also. Wenn uns einen Augenblick der Atem stillsteht, so nicht „im tragischen Erschauern", sondern „in Mitleid".

Entgegen allen Gesetzen der Dramatik, entgegen aller Aesthetik überwältigt und eine „leidende Menschlichkeit". So sehr überwältigt sie uns, daß wir „noch tagelang verstört den Eindrücken aus dem alltäglichen Leben um einen Grad willenloser preisgegeben sind, wie gewöhnlich".

Das ist das Grab Polikuschkas und darum protestieren wir.

Polikuschka trinkt und spielt, ist gut mit den Pferden, Schafen und seiner Frau. Er ist seiner Gutsherrschaft ergeben, wie dem lieben Gott, den man auch betrügt, obwohl man ihn anbetet. So dreht sich sein Leben wie das von Tausenden.

Aber der Zar braucht Rekruten und man schlägt Polikuschka vor, weil er ein Taugenichts ist. Die gnädige Frau gibt ihn nicht her. Alle Götter lieben es, gnädig zu sein. Wenn auch nicht schrankenlos. Sie knüpft ihre Gnade an eine Bedingung: Polikuschka soll sich bewähren. So wird sie sein Schicksal. Auch das zu sein, ist das Vorrecht der Götter.

Treulich bewahrt Polikuschka den ihm anvertrauten Brief, aber auf seinem Wege begegnet ihm der junge Bursche, der an seiner Stelle Rekrut werden mußte — und auf dem Heimwege fällt ihm, dem Uebermüdeten, der Brief aus der Mütze. Ohne seine Schuld hat sein Schicksal — seine Gebundenheit in die Klassenherrschaft — gegen ihn entschieden. Er schreit auf und erhängt sich.

Der gnädigen Frau brennt das Geld, brennt ihre göttliche Verantwortung auf den Nägeln. Sie wirft es dem hin, der es fand. Es ist der Oheim des ausgelosten Rekruten. Der möchte das Geld behalten, aber der tote Polikuschka treibt ihn, den Neffen loszukaufen. Er geht hin, kauft den Neffen los, indem er dafür einen anderen jungen und lebenhungrigen Burschen dem Militär ausliefert. Auf dem Heimweg umtanzen die sinnlos betrunkenen Opfer des Menschenschachers seinen Wagen.

„Ihr Menschenfresser!"

Der Sarg des toten Polikuschka und der seines in der Badewanne ertrunkenen Söhnleins ziehen stumm an ihm vorüber.

Gibt es eine strengere Gebundenheit, gibt es eine fürchterlichere Geschlossenheit als diesen Kreis ineinander verflochtener Ursache und Wirkung — aus dem keine Güte, keine Treue, keine Pflichterfüllung, keine Erkenntnis einen Ausweg möglich macht?

Der Lichtkegel des Films engt sich ein über den verlorenen Brief. So sieht ihn Arthur Holitscher und nichts weiter.

Wenn Poincaré heute wegen heftiger Zahnschmerzen schlecht geschlafen hat, können wir morgen „zufällig" einen Krieg haben. Wir werden „Mitleid" empfinden mit dieser verkehrten Welt, aber beileibe kein „tragisches Erschauern".

Gewiß, Holitscher hat recht: Von dem Drama des aufstrebenden Bürgertums wurde verlangt, daß alles aus dem Charakter des Handelnden erwachsen müsse, weil das liberale Bürgertum des großen lieben Gott entthront und in einige hundert Millionen kleiner selbstherrlicher Miniaturgötter — Individuen — verwandelt hatte, so mußte jedes Individuum seine Gesetzmäßigkeit, seinen Sinn in sich selber haben. Der Zufall hatte keinen Platz in diesem Drama, er würde die ganze bürgerliche Weltordnung sinnlos gemacht haben.

Aber daß Oedipus zufällig seinen Vater erschlug und seine Mutter liebte und dennoch sein Schicksal ein tragisches ist, geben auch die bürgerlichen Dramaturgen zu und heben damit selbst schon die Allgemeingültigkeit ihrer dramatischen Gesetze auf.

Holitscher ist noch radikaler als sie. Er hebt nicht nur die allgemeine Gültigkeit auf, er hebt überhaupt alle Gesetze auf und nichts bleibt, als das: „ein Mensch ist auf dem Zerren (Leinewand) erschienen, ein Mensch schreit — im Kino — in Mensch!" Die allgemeine Menschlichkeit überwindet alle Gesetze. Und nur Hohn hat er für die Lessinge des heutigen Kinos und ihre etwaigen Versuche, die Bewegungsgesetze der dramaturgischen Begebenheiten aufzudecken.

Lessing war ein mutiger Streiter des jungen Bürgertums, wach, klar, kriegerisch. Hätten wir für das Kino, das fast jeden Abend Tausend und aber Tausend Proletarier in sich aufsaugt, so einen proletarischen Lessing — es würde unser Schaden nicht sein.

Wir haben ihn nicht. So wehren wir uns aber und verteidigen unser atemloses Entsetzen und unsere aufsteigende Wut gegen den Verdacht eines schwächlichen Mitleids. Die Kunst hat ihre strengen Gesetze wie das Leben. Dem Einzelnen können Zufälle geschehen, maßlos viel unverschuldetes Unglück kann ihn treffen, aber er ist nur ein Splitter des großen gesellschaftlichen Organismus, dessen notwendige Auswirkung als scheinbare Zufälle und Einzelschicksale sind.

Trotzdem sind wir nicht verdammt, „das Schicksal auf uns zu nehmen". Zufällig konnte gestern in Essen ein Schuß losgehen, dessen Folge eine Arbeiterschlächterei war. Zufällig kann morgen an einer Ecke ein kleines Faszistengeplänkel beginnen, dessen Folgen übermorgen der Weltkrieg ist. Aber wir kennen die Ursache, um derentwillen diese Zufälle nicht nur geschehen können, sondern müssen. Und daß wir nicht mehr um eines Zufalles willen gehängt, ertränkt, verkauft werden — daß dieser Kreis grausamer Notwendigkeit, an der Polikuschka stirbt, sein Sohn ertrinkt, der Rekrut verdirbt — daß dieser Kreis endlich durchbrochen wird, ist unsere Sache. S.

Ein Freilicht-Massenschauspiel in Moskau. Auf dem Mwedenski-Platz in Moskau wurde unter freiem Himmel ein von Arbeitern und Rotarmisten dargestelltes Massenschauspiel vorgeführt: „Die Vernichtung des Kapitals". An einem Ende des Platzes türmte sich in Form eines drohend gewaltigen Klumpens das „Reich des Kapitals"; die um diesen Klumpen gescharten Gruppen lösten sich nach und nach im Vormarsch gegen die am anderen Ende des Platzes lagernden Arbeitermassen. Auf einen Wink der Kommunistischen Internationale, die auf dem Dach des „Palais der Arbeit" thronte, setzten sich die durch die Angriffe des Kapitals in Aufruhr gebrachten Arbeitermassen in Bewegung. Das „Kapital" zieht sich nun, unter heftigem Abwehrfeuer, zurück, was durch blinde Salven und Feuerwerkbomben symbolisiert war. Endlich mischt sich die vor dem Arbeiterpalais postierte Rote Armee in den Kampf — das Kapital flüchtet, den Riesenklumpen im Stich lassend. Die mit Fackeln ausgerüsteten Proletarier aller Länder stecken den Klumpen in Brand, der unter großem Getöse zusammenbricht. Ein Gewatter, Salutschüsse, ein Feuerregen von Raketen prasselt auf den Platz nieder — das Weltproletariat feiert seinen Sieg. — „Die Veranstaltung erlitt dadurch", so schreibt „Ost-Expreß", dem wir die vorstehende Schilderung entnehmen, „eine unerwartete Störung, daß sich plötzlich während der Vorstellung ein Sturmwind als ungebetener Gast erhob, die Signaldrähte zerriß und mit seinem Rauschen die Stimmen der Darsteller übertönte." — Ob es sich mit dem „Sturmwind" während der Massenaufführung der Moskauer Arbeiter tatsächlich so verhalten hat, können wir im Augenblick nicht nachprüfen. Immerhin ist es möglich, daß ein antibolschewistischer Windund war, der hier berichtete, um den westeuropäischen Bourgeois das revolutionäre Stück weniger gruselig erscheinen zu lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230530-15/fragment/page=0006